



# Jahresbericht 2016



**BUNDESPOLIZEI**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Grußwort des Bundesministers des Innern .....	1
<b>Vorwort des Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums .....</b>	<b>3</b>
<b>Die Bundespolizei auf einen Blick .....</b>	<b>4</b>
<b>Organisation .....</b>	<b>8</b>
<b>Personal .....</b>	<b>12</b>
<b>Aus- und Fortbildung .....</b>	<b>24</b>
<b>Ausland .....</b>	<b>30</b>
<b>Die Bundespolizei im Brennpunkt .....</b>	<b>34</b>
<b>GSG 9 der Bundespolizei/Personenschutz Ausland der Bundespolizei .....</b>	<b>46</b>
<b>Die BFE+ der Bundespolizei .....</b>	<b>48</b>
<b>Prävention .....</b>	<b>50</b>
<b>Polizeitechnik .....</b>	<b>52</b>
<b>Bundespolizei – Zahlen, Daten, Fakten .....</b>	<b>68</b>
<b>Spitzensportförderung .....</b>	<b>90</b>

### Vorbemerkung:

Aus Gründen der Übersichtlichkeit können geschlechtsneutrale Formulierungen oder Paarformeln nicht durchgängig eingesetzt werden. Dem Grundsatz der sprachlichen Gleichstellung von Mann und Frau in Form einer geschlechtsgerechten Amtssprache wird daher in diesem Jahresbericht insoweit Rechnung getragen, als eine männliche Formulierung automatisch die weibliche Form beinhaltet und beide Geschlechter ausdrücklich in gleicher Weise angesprochen sind.

# Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2016 hat die deutschen Sicherheitsbehörden erneut vor große Herausforderungen gestellt. Wir haben in Europa und auch in Deutschland, insbesondere mit dem schrecklichen Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz, terroristische Anschläge erleben müssen. Angehörige der Bundespolizei waren entweder, wie in Hannover, unmittelbar selbst Opfer oder mittelbar betroffen durch Fahndungen und weitere operative Maßnahmen an Bahnhöfen, an Flughäfen oder an der Grenze.

Auf unsere Bundespolizei ist Verlass. Die Steigerungsrate von 11,5 Prozent bei den Personenfahndungserfolgen zeigt, welcher Stellenwert der Bundespolizei mittlerweile auch im Verbund mit ihren Partnern zukommt. Nicht zuletzt deshalb war der beachtliche und so noch nie dagewesene Stellenaufwuchs bei der Bundespolizei von rund 7.300 Stellen und Planstellen bis zum Jahr 2020 eine richtige und mit voller Überzeugung getroffene Entscheidung, die auch gesellschaftlich positiv aufgenommen wurde.

Mit Sorge beobachte ich die Steigerung der Fallzahlen der im Aufgabenbereich der Bundespolizei festgestellten Körperverletzungsdelikte um 12,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2015. Um diese Entwicklung wieder umzukehren, müssen wir nicht nur bundespolizeilich, sondern auch präventiv gemeinsame Antworten finden. Sicherheit ist eine Aufgabe für viele Teile der Gesellschaft – nicht nur für die Bundespolizei.

Noch ein Blick auf die Spitzensportförderung der Bundespolizei: Von den 24 Sportlerinnen und Sportlern der Bundespolizei, die Deutschland vom 5. bis zum 21. August 2016 bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro mit vertreten haben, sind acht – also jeder dritte – als Olympiasieger zurückgekehrt. Drei von ihnen konnten sich sogar als Doppel-Olympiasieger feiern lassen. Eine



Silber-, eine Bronzemedaille und zwölf weitere Top-10-Platzierungen gehen zudem auf das Konto der Bundespolizeiathleten. Eine herausragende Bilanz.

Bei all den vielfältigen Aufgaben und trotz der noch einmal gestiegenen Anforderungen, die das Jahr 2016 mit sich gebracht hat, haben die Polizistinnen und Polizisten der Bundespolizei eine ausgezeichnete Arbeit geleistet. Sie haben unserem Land einen wichtigen und unverzichtbaren Dienst erwiesen. Dafür danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundespolizei – im Einsatz, in der Verwaltung oder an anderer Stelle.

Zur Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung von Polizei und Rettungskräften haben wir im laufenden Jahr 2017 eine Öffentlichkeitskampagne gestartet (starkfürdich.de).

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre mit dem Jahresbericht der Bundespolizei.

Dr. Thomas de Maizière, MdB  
Bundesminister des Innern

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Thomas de Maizière'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.





# Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

„ACAB“. Was bedeutet das? „Acht Cola, acht Bier“? „All colours are beautiful“? „All cops are beautiful“?

Es ist schon erstaunlich, was sich findige Anwälte so einfallen lassen, um das Verhalten ihrer Mandanten zu rechtfertigen. Und es ist zugleich beschämend.

Polizeibeamte sind keine Tiere, keine anonyme Masse. Es sind Menschen mit Verstand und Seele – und die Würde des Menschen gilt selbstverständlich auch für uns. Für die, die „ACAB“ an Wände schmieren, sind es nur die „Bastarde“, die getreten werden dürfen, selbst wenn sie schon am Boden liegen – beschämend.

Auch wenn ich mich zu Beginn meiner Amtszeit über das eine oder andere Anwaltsschreiben in diesem Zusammenhang oder die eine oder andere Einstellungsverfügung geärgert habe: Ich finde, am Ende und ungewollt liegt in der anwaltlichen Wortverdrehung sogar die Wahrheit: „All cops are beautiful“. Das steht auch auf einem Schild, das ich kürzlich auf meinen Schreibtisch gestellt habe. Wenn ich heute in Fußballstadien auf Bannern „ACAB“ lese, fange ich an, in mich hineinzulächeln, und denke: „All cops are beautiful“ – ja besser geht's doch gar nicht.

Bei alledem geht es natürlich nicht um einen Interpretationswettbewerb, sondern um Haltung. Um die innere Gelassenheit und Souveränität, die uns auszeichnet, mit der oft bodenlosen und zuweilen ungerechtfertigten Kritik



angemessen umzugehen. Die politisch unstrittige Diskussion über die Aufstockung der Bundespolizei ist auch Ausdruck der Wertschätzung und des Vertrauens uns gegenüber. Die etwa 7.300 neuen Planstellen und Stellen bei der Bundespolizei bis zum Jahr 2020 sind unmittelbare Folge daraus.

Machen Sie sich, liebe Leserinnen und Leser, bei der vor Ihnen liegenden Lektüre also bitte selbst ein Bild von uns, von Ihrer Bundespolizei. Sie werden sehen: „All cops are beautiful“.

Dr. Dieter Romann,  
Präsident des Bundespolizeipräsidiums





# Die Bundespolizei auf einen Blick

Rund um die Uhr engagiert sich die Bundespolizei mit modernen Einsatzmitteln für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gäste unseres Landes. Die Einsätze erfolgen schwerpunktmäßig im Grenzraum, auf dem Gebiet der Bahnanlagen, an den Küsten und auf Flughäfen. Auch Großeinsätze sowie internationale Polizeimissionen gehören zu ihren Hauptaufgaben. Die Hubschrauber des Flugdienstes der Bundespolizei unterstützen aufgabenübergreifend.

► Für die **grenzpolizeiliche** Gefahrenabwehr ist die Bundespolizei in einem 30 km breiten Gebiet entlang der rund 3.760 km langen **Landgrenzen** zuständig. An den 760 km langen **Seegrenzen** in der Nord- und Ostsee ist ihr Zuständigkeitsbereich 50 km breit. Zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität überwacht, fahndet und ermittelt die Bundespolizei. Sie führt an vielen Flug- und Seehäfen grenzpolizeiliche Kontrollen sowie aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch.

► Eine weitere Kernaufgabe ist die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung auf dem Gebiet der **Bahnanlagen** der Eisenbahnen des Bundes. Der Schutz der Bahnanlagen, als Bestandteil der Kritischen Infrastruktur (KRITIS), ist ein Schwerpunkt staatlicher und unternehmerischer Sicherheitsvorsorge.

► Die Bundespolizei schützt besonders gefährdete **Verfassungsorgane** und Ministerien des Bundes. Darunter die Liegenschaften von Bundespräsidialamt, Bundeskanzleramt, Auswärtigem Amt, der Bundesministerien des Innern sowie der Justiz und für Verbraucherschutz, des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe sowie die Zentrale der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main.

► Die **Sicherheit des Luftverkehrs** gewährleistet die Bundespolizei auf 14 großen deutschen Flughäfen. Zu ihren Aufgaben gehören die Überwachung des Flughafengeländes sowie – mit Ausnahme des Flughafens München – die Kontrolle der Reisenden und ihres Gepäcks. Auch setzt sie zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Sicherheit an Bord deutscher Luftfahrzeuge Flugsicherheitsbegleiter ein.

► In Nord- und Ostsee ist die Bundespolizei – als Teil der Küstenwache des Bundes – mit ihrer **maritimen Komponente** im Einsatz. Mit ihren Einsatzmitteln wehrt sie grenzpolizeiliche Gefahren an der deutschen Schengen-Außengrenze ab, kontrolliert den Seeverkehr, ermittelt bei Verstößen gegen Umweltbestimmungen und berät deutsche Reedereien bei der weltweiten Abwehr von Piratenangriffen.

► Die **GSG 9** ist die polizeiliche Spezialeinheit der Bundespolizei zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Gewaltkriminalität. Insbesondere die nationale Bedrohungssituation durch den islamistischen Terrorismus bedeutet für die GSG 9 eine strategische Verlagerung ihrer Einsatz- und Trainingsschwerpunkte. In Zusammenarbeit mit internationalen Partnern gewinnt die GSG 9 wesentliche Erkenntnisse zur Bekämpfung aktueller Anschlagsszenarien.

► Die **Bundesbereitschaftspolizei** verfügt über schnell einsetzbare Einheiten, die insbesondere bei Veranstaltungen und Versammlungen die eigenen Bundespolizeidirektionen und andere Bedarfsträger unterstützen und damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der inneren Sicherheit in Deutschland leisten.

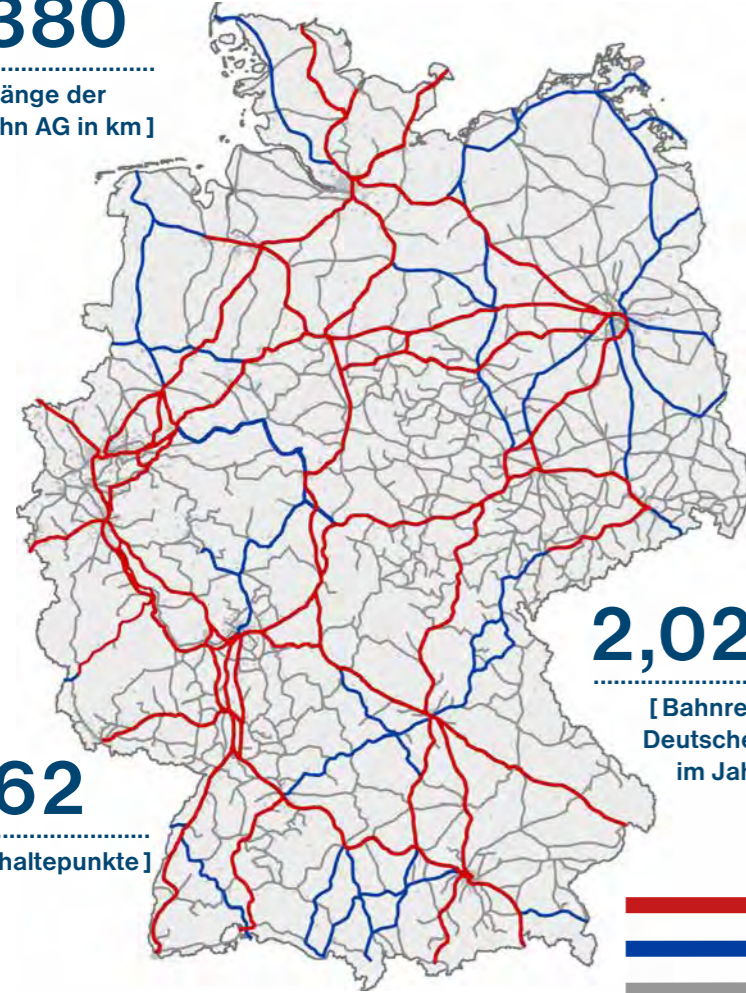
► Die Bundespolizei ist auch eine **Fahndungspolizei**. 2016 erzielte sie 133.602 Personen- und Sachfahndungserfolge. Eine Steigerung zum Vorjahr um 9,8 Prozent. Der Anteil der vollstreckten Haftbefehle beläuft sich auf 13.751, ein Plus von 11,7 Prozent. Das Schengener Informationssystem mit seinen Ausschreibungen verhalf der Bundespolizei zu 20.022 Fahndungstreffern – ein Zuwachs von 9,5 Prozent. Damit erzielt die Bundespolizei 47,1 Prozent am diesbezüglichen Gesamterfolg aller Bundes- und Landesbehörden.

► Die **Kriminalitätsbekämpfung** ist durch eine spezifische Ermittlungskompetenz gekennzeichnet. Die prioritären Deliktsfelder Schleusungs- und Gewaltkriminalität, Eigentumskriminalität durch reisende Täter sowie Straftaten unter Nutzung des Tatmittels Internet, aber auch polizeiliche Kriminalprävention und Gefahrenabwehr in Bezug auf Politisch Motivierte Kriminalität gehören zur Kriminalitätsbekämpfung.



# Dimensionen

**33.380**  
[Betriebslänge der Deutschen Bahn AG in km]



**2,02 Mrd.**  
[Bahnreisende der Deutschen Bahn AG im Jahr 2016]

-  = ICE-Strecke
-  = IC-/EC-Strecke
-  = Regio-Strecke

**224,4 Mio.**  
[Fluggäste in Deutschland im Jahr 2016]



**14**

[Verkehrsflughäfen, an denen die Bundespolizei Luftsicherheitsaufgaben wahrnimmt]



**760 km**

[Seegrenzen]



**3.760 km**

[Landgrenzen]





# Organisation





**ORGANIGRAMM**



- Legende:**
- BPOLAK = Bundespolizeiakademie
  - BPOLAFZ = Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum
  - BPOLSPSCH = Bundespolizeisportschule
  - BPOLTZK = Bundespolizeitrainingszentrum Kühroinhaus
  - GSG 9 BPOL = GSG 9 der Bundespolizei
  - PSA BPOL = Personenschutz Ausland der Bundespolizei
  - BPOLFLG = Bundespolizei-Fliegergruppe
  - BPOLFLS = Bundespolizei-Fliegerstaffel
  - BPOLD = Bundespolizeidirektion
  - BPOLI = Bundespolizeiinspektion
  - BPOLI KB = Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung
  - BPOLABT = Bundespolizeiabteilung
  - MKÜ = Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit

**Standorte der Bundespolizei mit Direktions- und Inspektionszuschnitt**







# Personal



# 42.577

[ Gesamtzahl aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
der Bundespolizei (Stand: 1. Januar 2017) ]



# Das Personal der Bundespolizei

Stand: 1. Januar 2017

**316**

[Ärztlicher und  
Sicherheitstechni-  
scher Dienst]

**15,53 %**

[Frauenanteil im Polizeivollzugs-  
dienst (ohne Anwärterinnen)]

**9.051**

[Frauen in der  
der Bundespolizei]

**4.659**

[Anwärter im mittleren und  
gehobenen Polizeivollzugsdienst]

**22**

[Hauptamtliche  
Seelsorger  
(evangelisch/  
katholisch)]

**906**

[Ausländische Mitarbeiter, deutsche  
Mitarbeiter ausländischer Herkunft  
sowie Doppel- und Mehrstaater im  
Polizeivollzugsdienst]

**7.003**

[Verwaltungsbeamte  
und Tarifbeschäftigte]

**1.896**

[Schwerbehinderte bzw. denen  
gleichgestellte Beschäftigte]

**53,67 %**

[Anteil mittlerer Dienst (ohne  
Anwärter, jedoch inkl. Verwaltungs-  
beamte und Tarifbeschäftigte)]

**44,37**

[Durchschnittsalter in der  
Bundespolizei (ohne Anwärter,  
jedoch inkl. Tarifbeschäftigte  
im Polizeivollzugsdienst)]

**1,25 %**

[Anteil höherer Dienst (ohne  
Anwärter, jedoch inkl. Verwaltungs-  
beamte und Tarifbeschäftigte)]

**161**

[Spitzensportler der  
Bundespolizei  
(80 Sommersportler und  
81 Wintersportler)]

**3,06 %**

[Anteil einfacher Dienst  
(inkl. Tarifbeschäftigte)]

**30,38 %**

[Anteil gehobener Dienst  
(ohne Anwärter, jedoch  
inkl. Verwaltungsbeamte  
und Tarifbeschäftigte)]

**154**

[Angehörige der  
Bundespolizei-Orchester]

**30.617**

[Polizeivollzugsbeamte  
(ohne Verwaltung und Anwärter)]

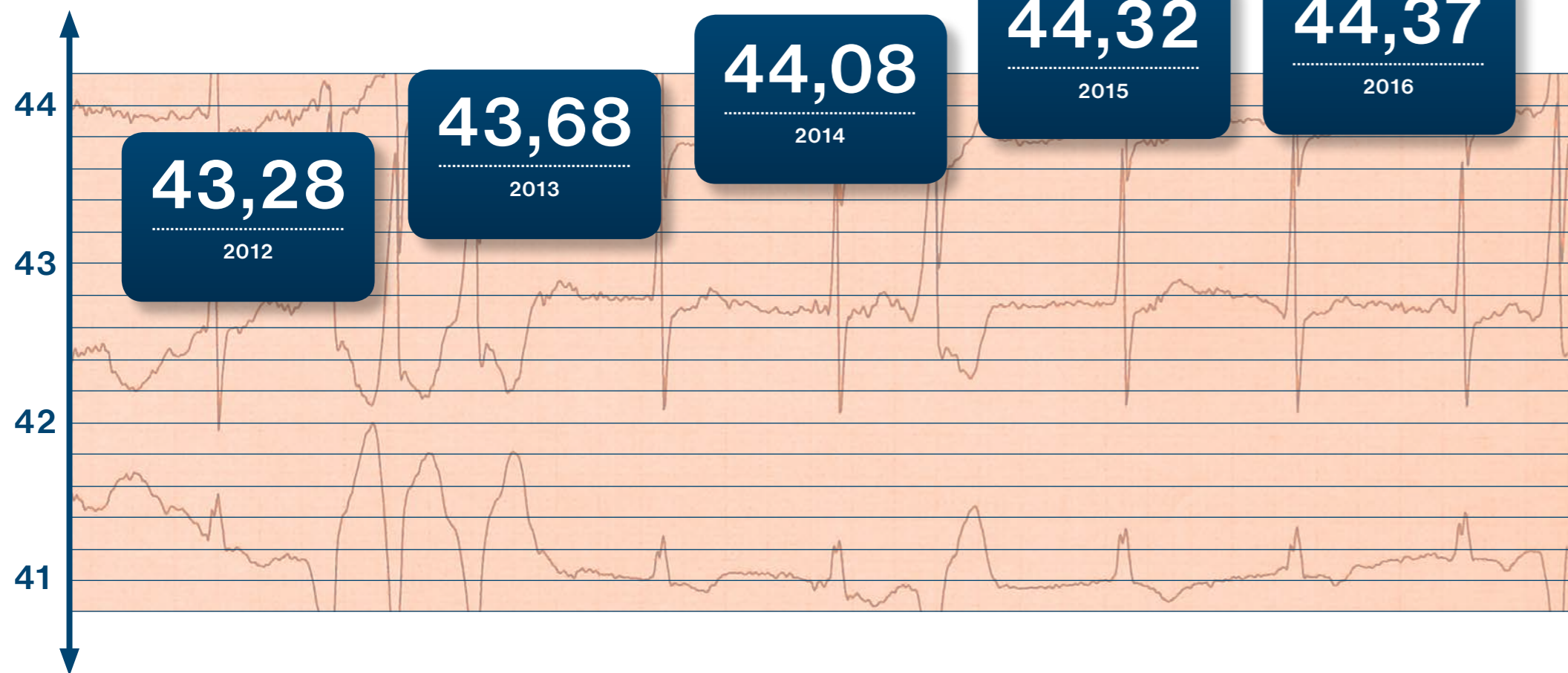
**1.171**

[Im Dienst verletzte  
Polizeivollzugsbeamte]

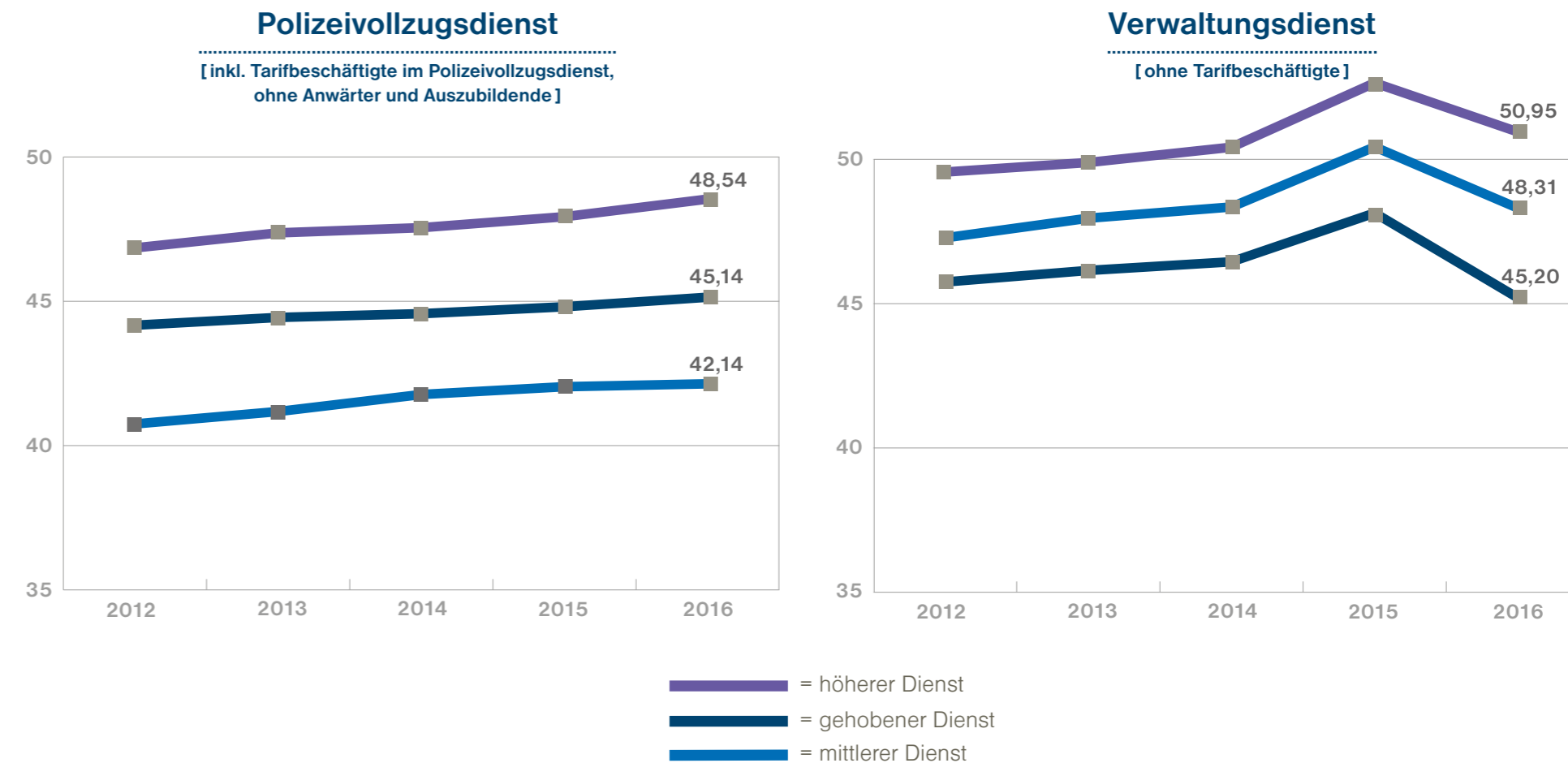


# Entwicklung des Durchschnittsalters in der Bundespolizei in Jahren

(inkl. Tarifbeschäftigte im Polizeivollzugsdienst, ohne Anwärter und Auszubildende)



# Altersstruktur der Bundespolizei in Jahren

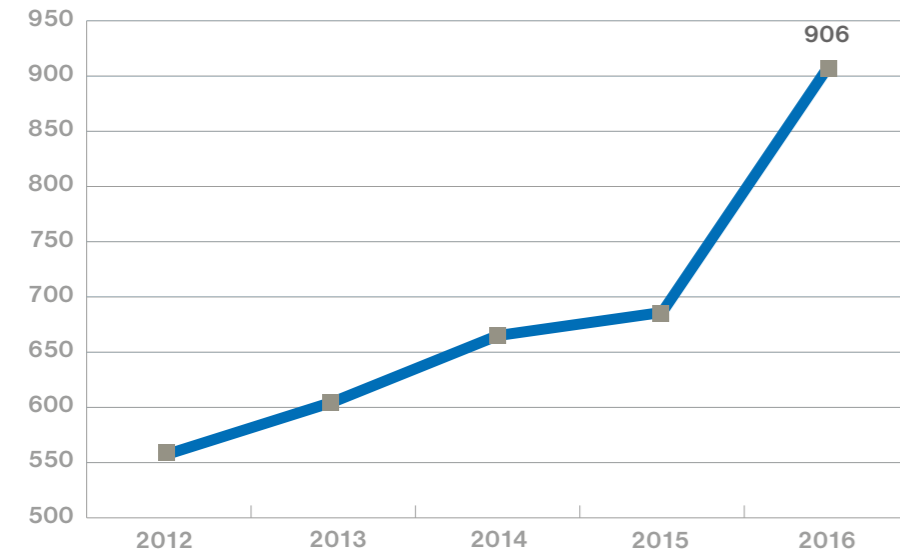




# Deutsche Mitarbeiter ausländischer Herkunft im Polizeivollzugsdienst\*

einschließlich Doppel- und Mehrstaater (inkl. Anwärter)

\* Deutsche Beamte mit Migrationshintergrund werden statistisch nicht erfasst.



# Die fünf häufigsten Herkunftsländer

inkl. Anwärter (deutsche Mitarbeiter ausländischer Herkunft sowie Doppel- und Mehrstaater)

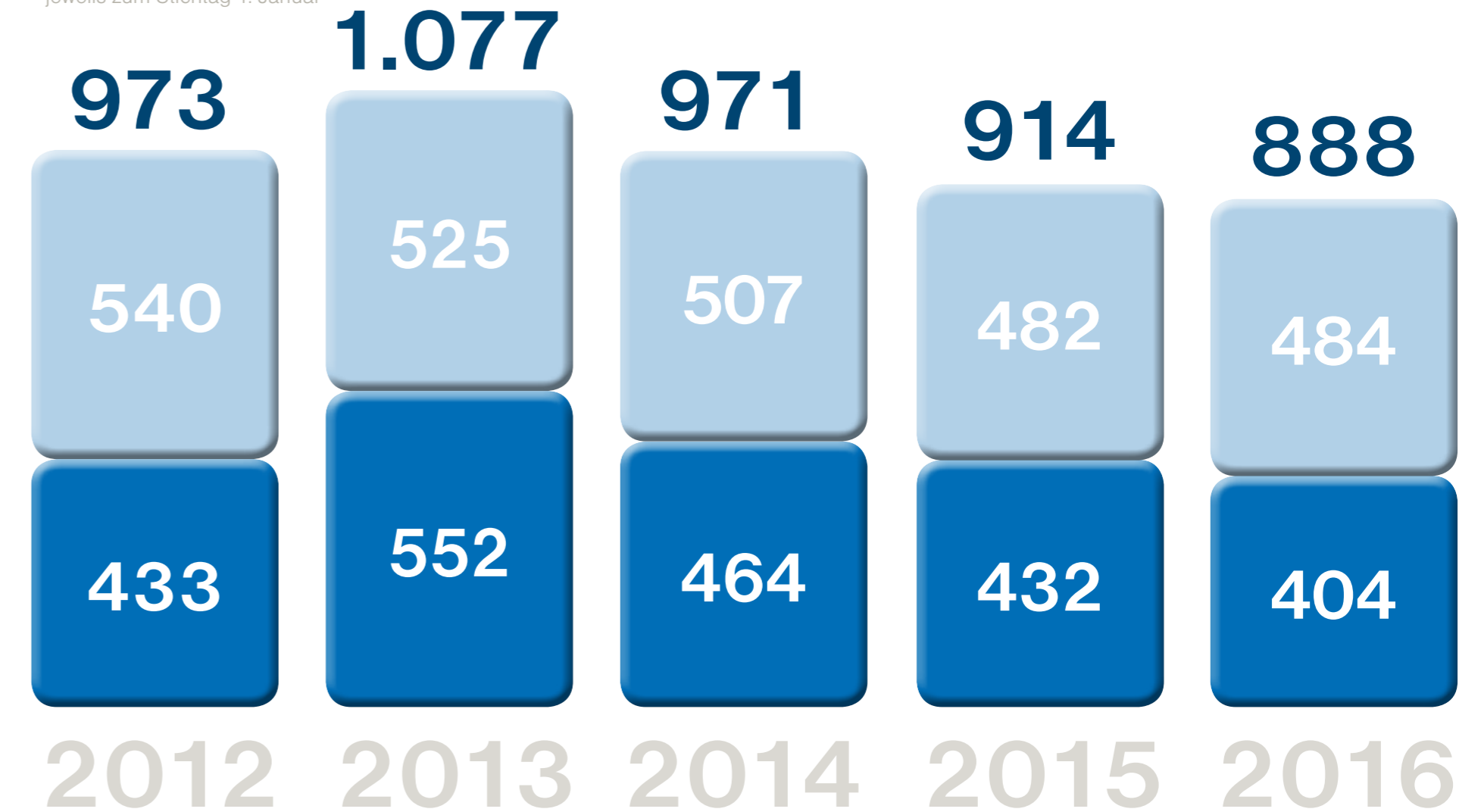






## Abordnungen außerhalb der Bundespolizei\*

\* jeweils zum Stichtag 1. Januar

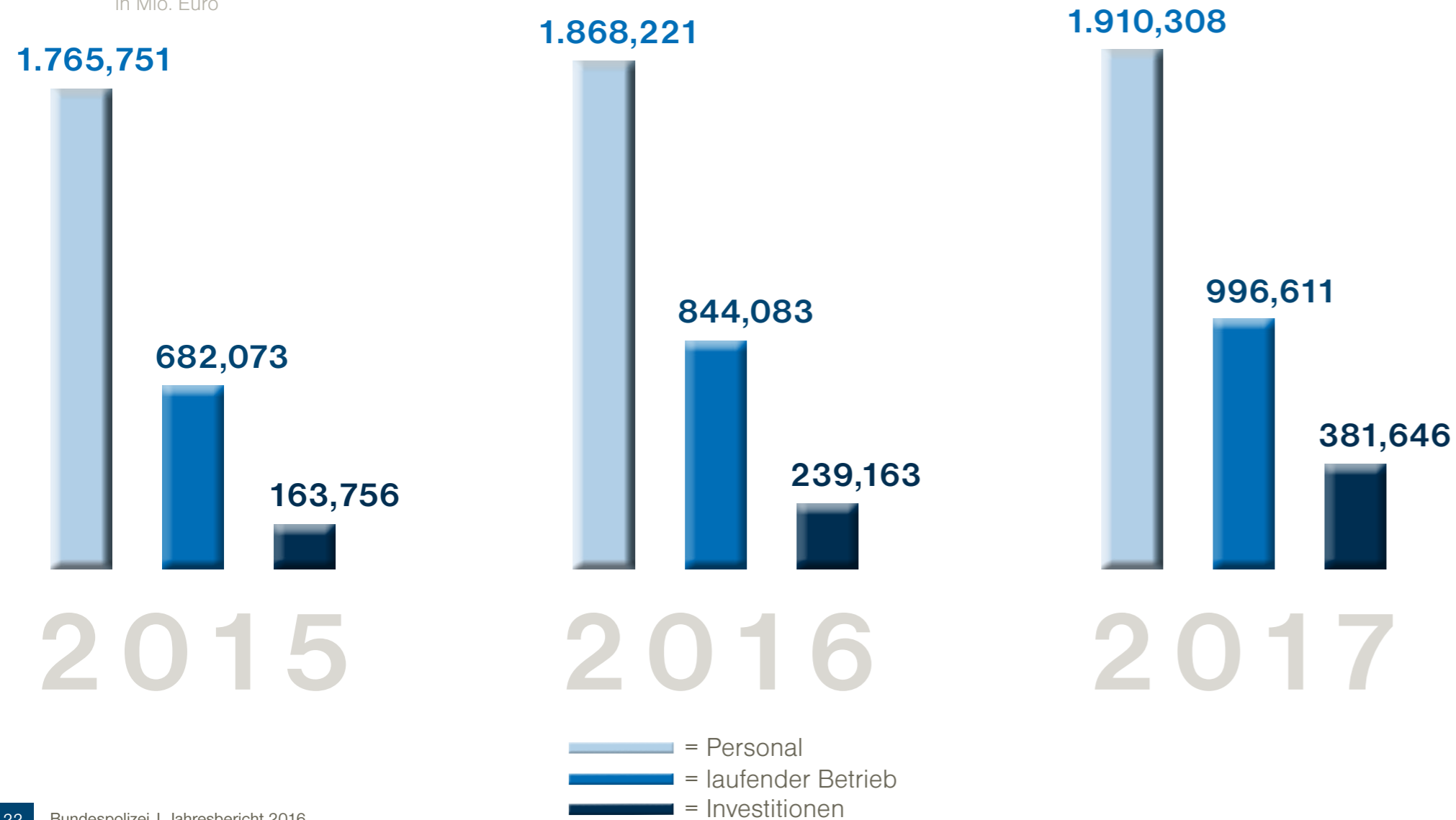


— = außerhalb Deutschlands  
— = innerhalb Deutschlands



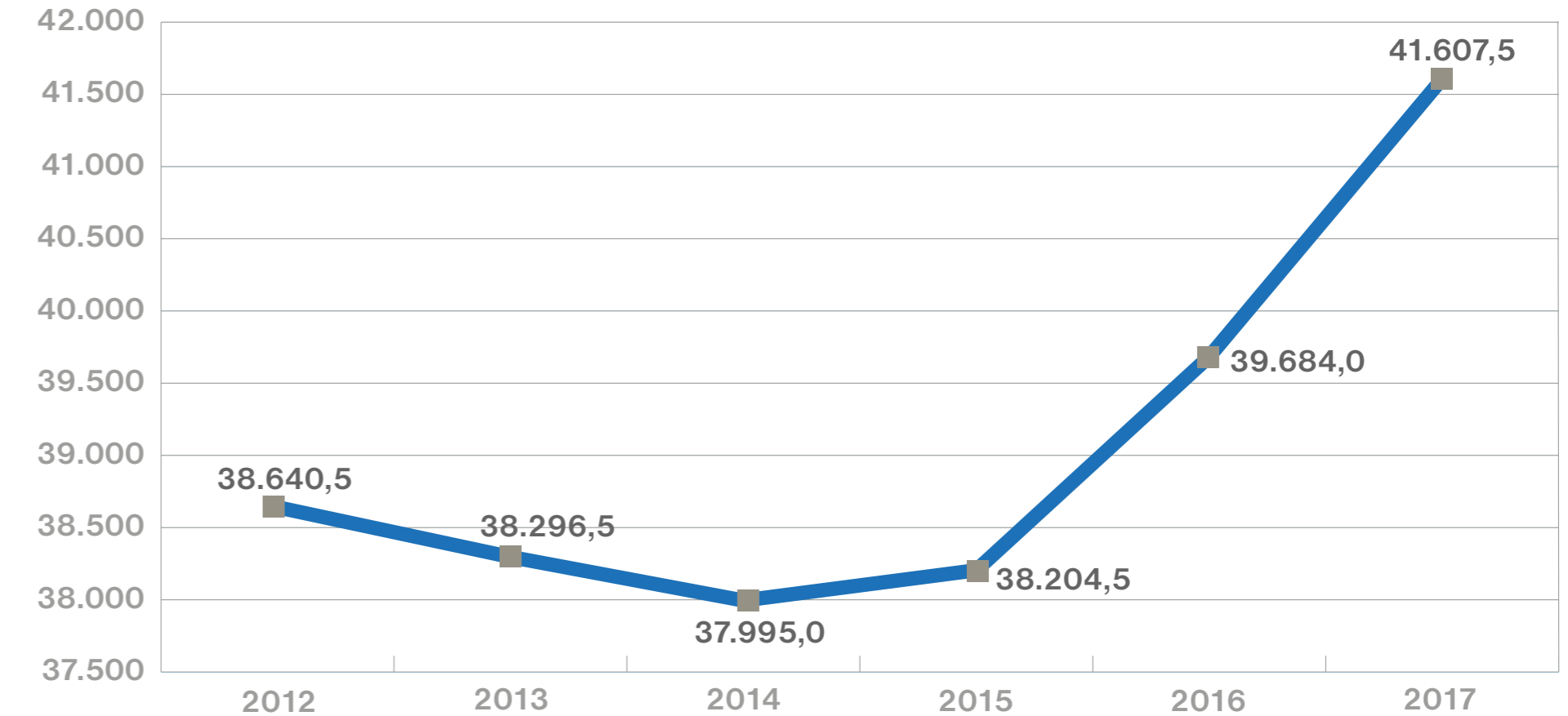
# Haushaltsplan der Bundespolizei

in Mio. Euro



# Planstellen- und Stellenentwicklung in der Bundespolizei

ohne Anwärter und Auszubildende



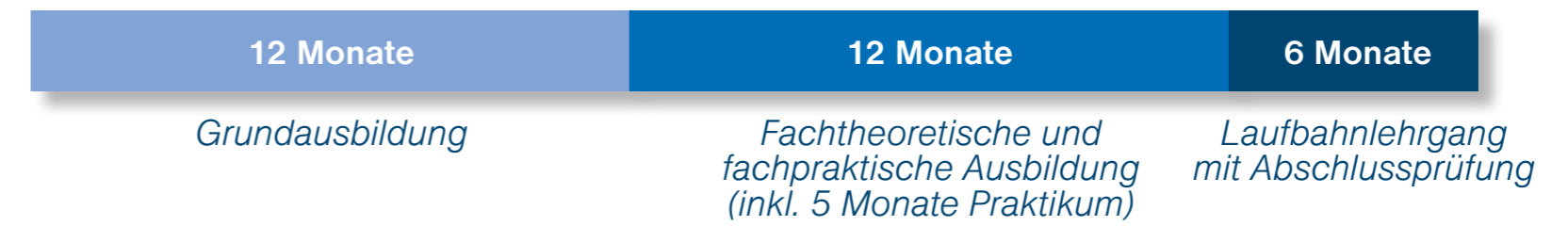




# Aus- und Fortbildung

## Laufbahnausbildungen in der Bundespolizei

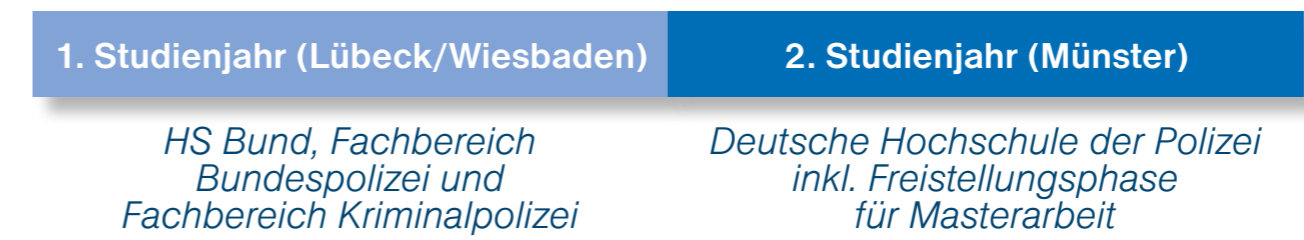
### Mittlerer Polizeivollzugsdienst



### Gehobener Polizeivollzugsdienst



### Höherer Polizeivollzugsdienst \*



\* Aufstiegsbeamte und Laufbahnbewerber in Studiengemeinschaft mit dem Bundeskriminalamt



# Einstellungsoffensive

**3.000** neue Stellen für die Bundespolizei! Als die Bundesregierung diese Entscheidung im Jahr 2015 fällte, war die Freude bei der Bundespolizei groß. Vor allem die Fachleute blickten aber zugleich mit Sorge auf die riesige Herausforderung, die eine Einstellungszahl in dieser Größenordnung mit sich bringt. Schnell war klar, dass so eine Ausbildungsoffensive nur mit besonderen organisatorischen Maßnahmen bewältigt werden kann. Eine dieser Maßnahmen war die Geburtsstunde eines neuen Aus- und Fortbildungszentrums.

**1.854**

Einstellungen in den mittleren Dienst

+ 645 zu 2015

„Für mich war es immer wichtig, einen Beruf zu finden, der mich erfüllt und den ich mit Leidenschaft ausüben kann. Die letztendliche Wahl für die Bundespolizei traf ich aufgrund der Verwendungsmöglichkeiten sowie der Chance, Auslandserfahrung sammeln zu können.“

Polizeikommissaranwärterin  
Nathalie Göschl (BPOLAK)

**544**

Einstellungen in den gehobenen Dienst

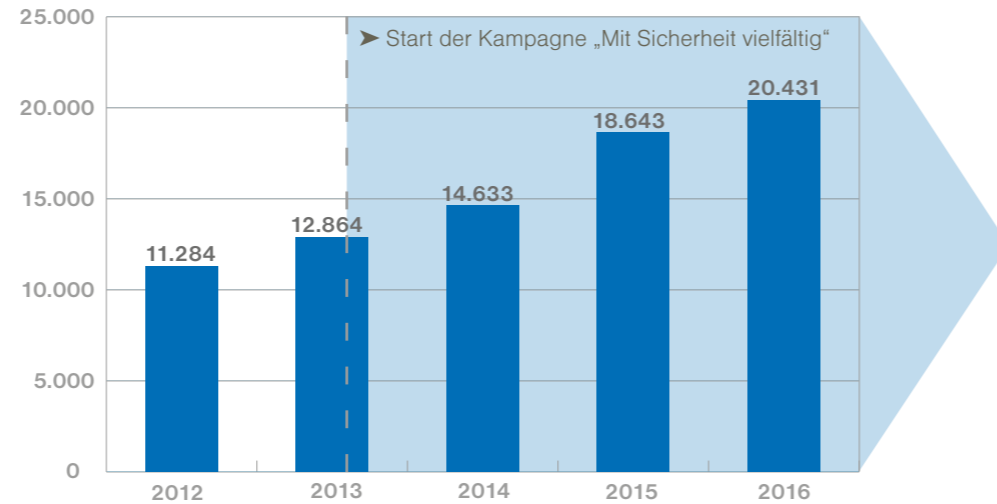
+ 211 zu 2015

„Bevor ich 1999 zusammen mit meiner Familie nach Deutschland kam, arbeitete mein Vater in Syrien als Polizist. Er ist mein großes Vorbild. Teamgeist, vielseitige Verwendungen, Spezialisierungen und Aufstiegsmöglichkeiten bei der Bundespolizei waren sehr wichtig für meine Entscheidung.“

Polizeimeisteranwärter  
Khalil Rezkou  
(BPOLAFZ ESW)

## Entwicklung der Bewerberzahlen

[ Mittlerer und gehobener Dienst, nach Kalenderjahr ]



**1.923**

Vorträge, Veranstaltungen und Infostände durch Einstellungsberater



# Eröffnung des Bundespolizei aus- und -fortbildungszentrums Bamberg



Nach weniger als zehn Monaten Vorbereitungszeit wurde am 1. September 2016 das neue Bundespolizei aus- und -fortbildungszentrum Bamberg offiziell eröffnet. Im Februar 2016 begannen die Herrichtungsmaßnahmen. Bereits im April wurden der Bundespolizei die ersten Gebäude übergeben. Knapp 800 Polizeimeisteranwärter und bis zu 400 Stammkräfte sind seit September 2016 auf dem Areal untergebracht.

Die Bundespolizei belegt rund 100 Hektar des ehemaligen Kasernengeländes mit einer maximalen Ost-West-Ausdehnung von etwa zwei Kilometern und einer maximalen Nord-Süd-Ausdehnung von ca. einem Kilometer. Damit ist die Liegenschaft die größte der Bundespolizei. In 2017 werden weitere Unterkünfte, Büro- und Lehrsaalgebäude hergerichtet, sodass in der Hochphase des Ausbildungsbetriebs im September 2018 die Liegenschaft für 2.000 Auszubildende genutzt werden kann.



# Die Social-Media-Kanäle

 Bundespolizei Karriere

 bundespolizeikarriere

 Bundespolizei Karriere

Seit 2016 runden zwei neue Kanäle den Auftritt der Nachwuchswerbung in den sozialen Netzwerken ab: Im Mai startete „Bundespolizei Karriere“ mit einem Profil auf Instagram. Bis Ende des Jahres abonnierten bereits 10.000 Nutzer den Kanal. Im November ging der neue Youtube-Kanal u. a. mit der Workout-Serie „Fit wie ein Bundespolizist“ online. Die Reihe richtet sich besonders an Bewerber, die sich gezielt auf den Einstellungstest vorbereiten wollen. Beide Auftritte ergänzen die 2013 gestartete Facebookseite, die mit 8.700 neuen „Gefällt mir“-Klicks weiter stetig wächst.



## Die Facebook-Fanpage 2016



**6**  
Facebook-Redakteure im Nebenamt

**62.591**  
„Gefällt mir“-Angaben für die Facebook-Seite  
+ 8.764 zu 2015

**94%**  
Reaktionsquote innerhalb 1 h auf persönliche Nachrichten

**156**  
Facebook-Postings 2016  
+ 18 zu 2015

**40.950**  
Durchschnittliche Reichweite der Beiträge 2016

## Top-Postings der Bundespolizei 2016 auf Facebook

**279.363**  
Erreichte Personen

**1.931**  
Reaktionen

**114.677**  
Aufrufe

**538**  
Mal geteilt

**64.472**  
Erreichte Personen

**1.278**  
Reaktionen

**24**  
Kommentare

**56**  
Mal geteilt







# Ausland

**BUNDESPOLIZEI  
IM AUSLAND**

INTERNATIONAL

GEMEINSAME ZENTREN  
EUROPA CEPOL

FREIHEIT BILATERALE  
SIB PROJEKTE

KOOPERATION

WELTWEIT

AAH AFRIKA

PRÄVENTION

VEREINTE NATIONEN

GVB SAV BOTSCHAFT

SICHERHEIT

FRONTEx

DVB

MANDAT

BERATER

VISUM

EUROPOL

AS I E N

GUA

FRIEDEN

Es gal, wie man es dreht und wendet: Wer Freiheit und Sicherheit gewährleisten will, kommt an der Bundespolizei nicht vorbei. Wer Deutschland schützen und anderen helfen will, muss auch im Ausland präsent sein.

Mit diesem Auftrag waren im Jahr 2016 langfristig 2.008 Beamte in 86 Staaten im Einsatz. Im Rahmen der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe (AAH) sowie durch polizeiliche Kooperationen wurden 135 Maßnahmen in Höhe von 7,6 Mio. Euro durchgeführt.





## Die Bundespolizei im Brennpunkt

### Bekämpfung der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) durch die Bundespolizei

Im Jahr 2016 wurden in Deutschland mehrere islamistisch motivierte Anschläge begangen. Die Messerattacke einer 15-Jährigen auf einen Bundespolizisten in Hannover, der Angriff in einer Regionalbahn bei Würzburg, bei dem fünf Menschen mit einem Beil und einem Messer verletzt wurden, das Sprengstoffattentat in Ansbach sowie der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt verdeutlichen auf dramatische Weise die virulente Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland. In vielen anderen Fällen haben die Sicherheitsbehörden Vorbereitungshandlungen für terroristische Anschläge frühzeitig erkannt und durch eng verzahnte Maßnahmen Attentate verhindert.

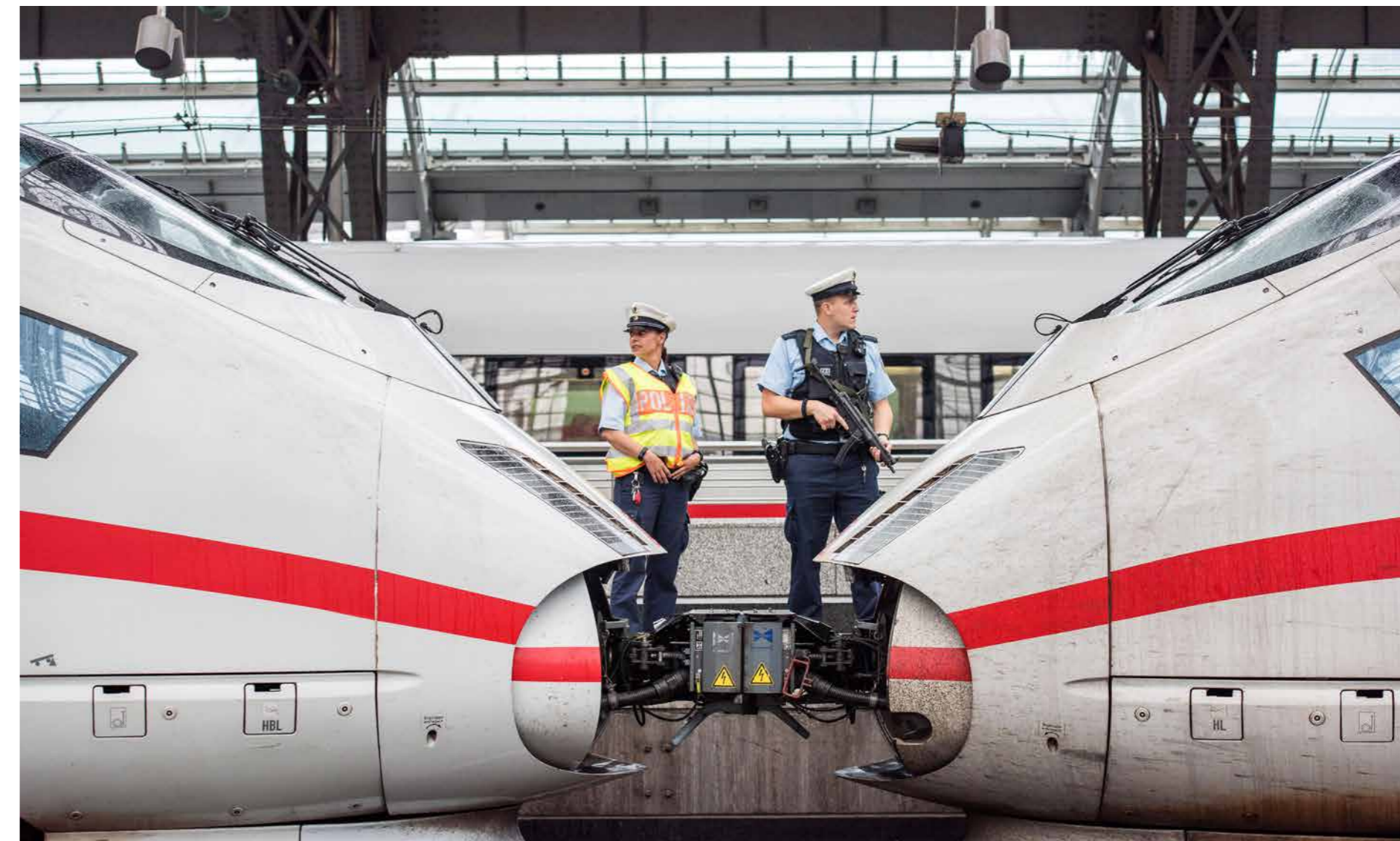
Konzentrierte Maßnahmen der Sicherheitsbehörden waren auch in anderen Phänomenbereichen erforderlich – insbesondere zur Verhinderung rechtsextremistischer Gewalttaten und zur Gewinnung neuer Erkenntnisse über die sogenannte Reichsbürgerbewegung.

In diesem Sicherheitsgefüge ist die Bundespolizei fester Bestandteil eines ganzheitlichen Ansatzes. Die Zentralstelle der Bundespolizei zur Bekämpfung der PMK befindet sich im Bundespolizeipräsidium in Potsdam. Im Jahr 2016 hat die Bundespolizei ihre Möglichkeiten in diesem Aufgabenbereich weiter ausgebaut. Als beteiligte Behörde im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) sowie im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) steht sie in ständigem Kontakt mit den anderen Sicherheitsbehörden, um verfügbare und relevante Informationen schnell auszutauschen und zu analysieren. Innerhalb ihrer gesetzlich zugewiesenen Aufgaben nutzt die Bundespolizei alle ihr zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Möglichkeiten umfassend und konsequent, um auf Basis dieser Informationen schädigende Ereignisse zu verhindern.

Die Bundespolizei ist als bundesweite Fahndungspolizei beim Erkennen von reisenden Personen mit Bezügen zu PMK sowie bei der geziel-

ten Suche nach Terrorverdächtigen unverzichtbar. Sie kann zu diesem Zweck insbesondere auf stark frequentierten Bahnhöfen, in Zügen, auf Flugplätzen und an den Binnengrenzen im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern Kräfte zusammenziehen und effektive Fahndungsmaßnahmen offen, verdeckt oder mit robuster Einsatzausstattung durchführen.

Sofern sich verdächtige Personen noch nicht in Deutschland oder Europa aufhalten, ist es vorrangige Aufgabe der Bundespolizei, deren Einreise zu verhindern. Die damit verbundenen Ausschreibungen im Schengener Informationssystem (SIS) zur Einreiseverweigerung haben u. a. zum Ziel, die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Schengen-Vertragsstaaten zu gewährleisten. Zur Verhinderung von staatschutzrelevanten Reisebewegungen hat die Bundespolizei eine besondere Verantwortung gegenüber den europäischen Nachbarstaaten. Entsprechend hohe Bedeutung haben





die Grenzkontrollen an den deutschen Außen- grenzen (Flug- und Seehäfen) bzw. die Fahndungsmaßnahmen an den Binnengrenzen. Alle grenzpolizeilich zu kontrollierenden Reisenden werden deshalb überprüft. In diesem Zusammenhang hat die Bundespolizei im Jahr 2016 zahlreiche Personen zurückgewiesen.

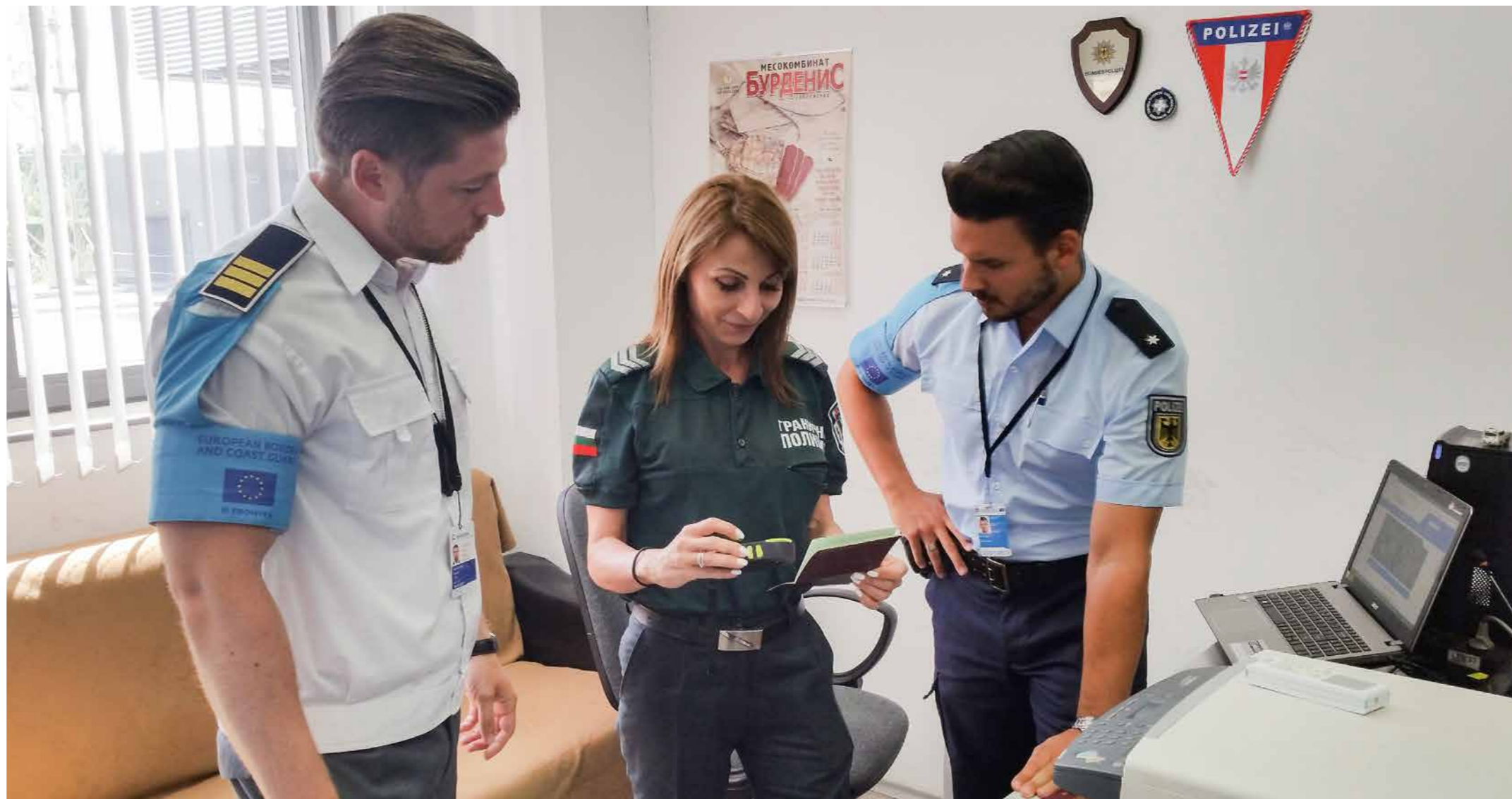
Besonders problematisch sind Reisebewegungen auch dann, wenn sich Personen ins Ausland begeben wollen, um in einem Terrorcamp den Umgang mit Waffen und Sprengstoff zu erlernen. Diese Personen stärken nicht nur terroristische Organisationen im Ausland, sondern stellen nach Rückkehr auch eine erhebliche Gefahr in Deutschland dar. Sofern die Bundespolizei derartige Reiseabsichten erkennt, wird die Ausreise konsequent untersagt (siehe Seite 78).

Schließlich trifft die Bundespolizei Maßnahmen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger, wenn innerhalb ihrer Zuständigkeit kritische Infrastruktureinrichtungen wie Bahnhöfe und Flughäfen bedroht werden. Im Falle eines Anschlages fahndet die Bundespolizei nach gesuchten Terroristen und setzt zur Erhöhung der Reaktions- und Durchhaltefähigkeit der Bundespolizei speziell ausgebildete Einheiten ein.

### Engagement in Frontex-koordinierten Maßnahmen

Die Bundespolizei beteiligt sich umfassend mit Personal und Einsatzmitteln an Einsätzen der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) zum Schutz der EU-Außengrenzen. In diese Einsätze sind auch Angehörige der Polizeien der Länder, des Bundeskriminalamtes und der Bundeszollverwaltung integriert. Mit Beginn der starken Migrationsbewegungen im Jahr 2015 ist die Anzahl der Entsendungen der Bundespolizei für Frontex-Maßnahmen erheblich und stetig weiter angewachsen und erreichte im Jahr 2016 das bislang höchste Niveau. Die Gesamtzahl der gleichzeitig eingesetzten Bundespolizisten lag ab dem zweiten Quartal 2016 im Schnitt bei 120 täglich. Damit war die Bundespolizei einer der größten Kontingentsteller innerhalb sämtlicher EU-Mitgliedstaaten für Frontex-Einsätze an den EU-Außengrenzen und wird dies mit Blick auf 2017 auch bleiben. Ungeachtet der großen Bedeutung dieser Einsätze im europäischen Kontext stellt die Beteiligung zusätzlich zu den nationalen Aufgaben auch weiterhin eine große Herausforderung dar.

Den Schwerpunkt der Beteiligung bilden vor allem die Einsatzländer Bulgarien, Italien



und Griechenland – insbesondere hinsichtlich der Migration über das Mittelmeer. So erstreckt sich die Frontex-Operation „Poseidon Sea“ u. a. über die fünf griechischen Inseln Lesbos, Leros, Chios, Samos und Kos dicht vor der türkischen Küste. Auf den Inseln wurden sogenannte „Hotspots“ für die Registrierung und Unterbringung von Migranten eingerichtet, die auf dem gefährlichen Seeweg eingereist sind und in Griechenland auf eine ausländerrechtliche Bearbeitung durch die zuständigen griechischen Behörden warten. Mit Inkrafttreten der EU-Türkei-Erklärung am 20. März 2016 wurde am 4. April mit den von Frontex koordinierten Rückführungen von Migranten begonnen, die ab dem 20. März von der Türkei nach Griechenland gelangt sind. Die Regierungen Griechenlands und der Türkei sind für die Umsetzung des Abkommens verantwortlich. Ihre Behörden kümmern sich um die legale und operationelle Arbeit und werden dabei wiederum von Frontex und somit mittelbar von Kräften der Bundespolizei unterstützt. Ziel ist die Wiederherstellung eines Systems für die geordnete legale Einreise von Personen, die nach dem EU- und dem Völkerrecht Anspruch auf internationalen Schutz haben.



### Auszug der beanzeigten unerlaubten Einreisen (nach Häufigkeit der Nationalität)

Staatsangehörigkeit	2016	2015	Rang in 2015	Entwicklung 2016 zu 2015 in %
<b>Gesamt</b>	<b>111.843</b>	<b>217.237</b>		<b>- 48,5</b>
Syrien	25.177	73.920	1	- 65,9
Afghanistan	20.434	38.750	2	- 47,3
Irak	13.312	22.394	3	- 40,6
Eritrea	4.419	17.225	4	- 74,3
Iran	4.235	4.973	8	- 14,8
Nigeria	3.455	3.590	10	- 3,8
Somalia	3.089	4.003	9	- 22,8
Marokko	2.642	3.376	11	- 21,7
Pakistan	2.625	6.304	6	- 58,4
Kosovo	2.184	5.567	7	- 60,8

Als besonders sichtbaren Beitrag stehen der Agentur neben Einsatzkräften in den Hotspots im Rahmen dieser Operation seit März 2016 auch zwei Kontroll- und Streifenboote der Bundespolizei mitsamt 24 Mann Besatzung zur Verfügung. Sie unterstützen die griechische Küstenwache in den griechischen Hoheitsgewässern um die Insel Samos und konnten im Zeitraum vom 1. März bis Jahresende 2016 insgesamt 1.827 Personen (darunter auch Kinder) aus

Seenot retten und auf die griechischen Inseln verbringen. Sieben weitere Personen konnten nur noch tot geborgen werden. Darüber hinaus gelang es, zwölf der Schleusung tatverdächtige Personen zu stellen und den griechischen Strafverfolgungsbehörden zu übergeben.

#### Migrationslage

Das bereits Mitte des Jahres 2015 aufgetretene Phänomen der Massenmigration über die Ost-

mediterrane Route und in der Folge über die Balkanroute nach Europa hat die Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei auch noch im ersten Quartal des Jahres 2016 besonders geprägt. Im Januar und Februar 2016 stellte die Bundespolizei rund 100.000 Migranten fest. Damit wurde in den ersten beiden Monaten bereits die Hälfte aller Feststellungen des Jahres 2015 getroffen. Der Brennpunkt lag hierbei mit weit über 90 Prozent sämtlicher Feststellungen an der deutschen Grenze zu Österreich.

Im März 2016 zeigten die getroffenen Maßnahmen des Grenzmanagements der Staaten entlang der Balkanroute sowie die EU-Türkei-Erklärung Wirkung und die Massenmigration über die Ostmediterrane Route ging erheblich zurück. Während in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 noch insgesamt rund 153.000 Migranten nach Europa gelangten, waren es von April bis zum Jahresende nur noch etwa 29.000 Personen. Der unkontrollierte Transfer von Migranten ohne Registrierung von den griechischen Inseln auf das Festland wurde durch die von der Europäischen Union (EU) koordinierten und mit Personal aus den Mitgliedstaaten der EU betriebenen Hotspots unterbunden. Auch die Bundespolizei hat sich im Jahr 2016,

unterstützt durch Einsatzkräfte der Polizeien der Länder, des Bundeskriminalamtes und der Bundeszollverwaltung, mit insgesamt 622 Beamten in den Hotspots und zwei Kontroll- und Streifenbooten an den Einsatzmaßnahmen in der Ägäis beteiligt. Wenngleich das Phänomen der Massenmigration durch die beschriebenen Maßnahmen beendet wurde, ist die Migration über die Ostmediterrane Route und in Fortführung über die Balkanroute nach Deutschland weiterhin von Bedeutung. Migrationsrelevante Feststellungen in den Staaten der Balkanregion,

aber auch an der deutsch-österreichischen Grenze belegen, dass die illegale Migration weiterhin anhält und nunmehr vermehrt Schleuserleistungen in Anspruch genommen werden. Zur Unterstützung der nationalen Grenzpolizeien entlang der EU-Außengrenze hat die Bundespolizei im Jahr 2016 insgesamt 823 Beamte im Rahmen von durch Frontex koordinierten Einsätzen, u. a. nach Griechenland, Bulgarien und Italien, entsandt. Darüber hinaus hat die Bundespolizei im Rahmen von bilateralen Abkommen mit der griechischen Polizei ganzjährig

Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland (GUA) an die Flughäfen Athen (zwei PVB) und Thessaloniki sowie an die Fährhäfen Patras und Igoumenitsa entsandt. Der Flughafen Heraklion wurde zudem halbjährig besetzt.

Aufgrund des anhaltenden Migrationsdrucks nach Deutschland, das weiterhin das Hauptziel land von Migranten war und ist, wurden die im September 2015 vorübergehend wiedereingeführten Grenzkontrollen auch im Jahr 2016 zunächst bundesweit und ab dem 12. Mai 2016 ausschließlich an der deutsch-österreichischen





Unerlaubter Aufenthalt (nach Häufigkeit der Nationalität)				
Staatsangehörigkeit	2016	2015	Rang in 2015	Entwicklung 2016 zu 2015 in %
<b>Gesamt</b>	<b>38.040</b>	<b>50.620</b>		<b>- 24,9</b>
Albanien	5.463	2.450	5	+ 123,0
Irak	4.506	4.629	3	- 2,7
Kosovo	2.539	3.335	4	- 23,9
Afghanistan	2.290	7.441	2	- 69,2
Syrien	2.275	11.150	1	- 79,6
Iran	1.754	1.606	8	+ 9,2
Türkei	1.748	1.802	7	- 3,0
Russische Föderation	1.180	848	12	+ 39,2
Eritrea	1.139	1.978	6	- 42,4
Marokko	1.023	1.196	9	- 14,5

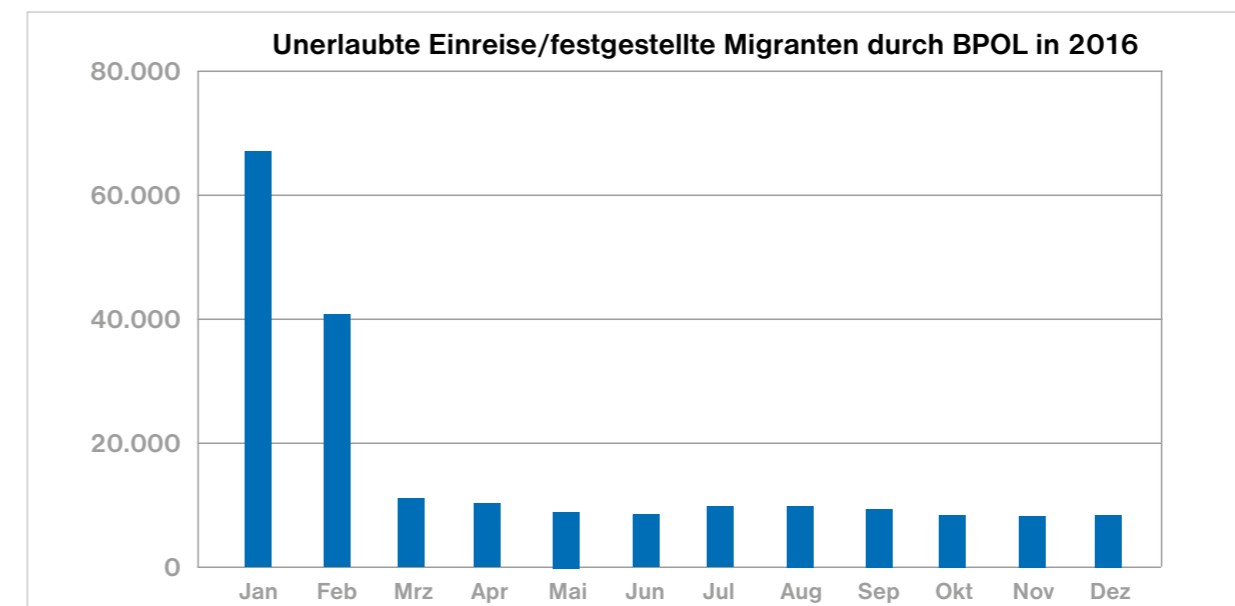
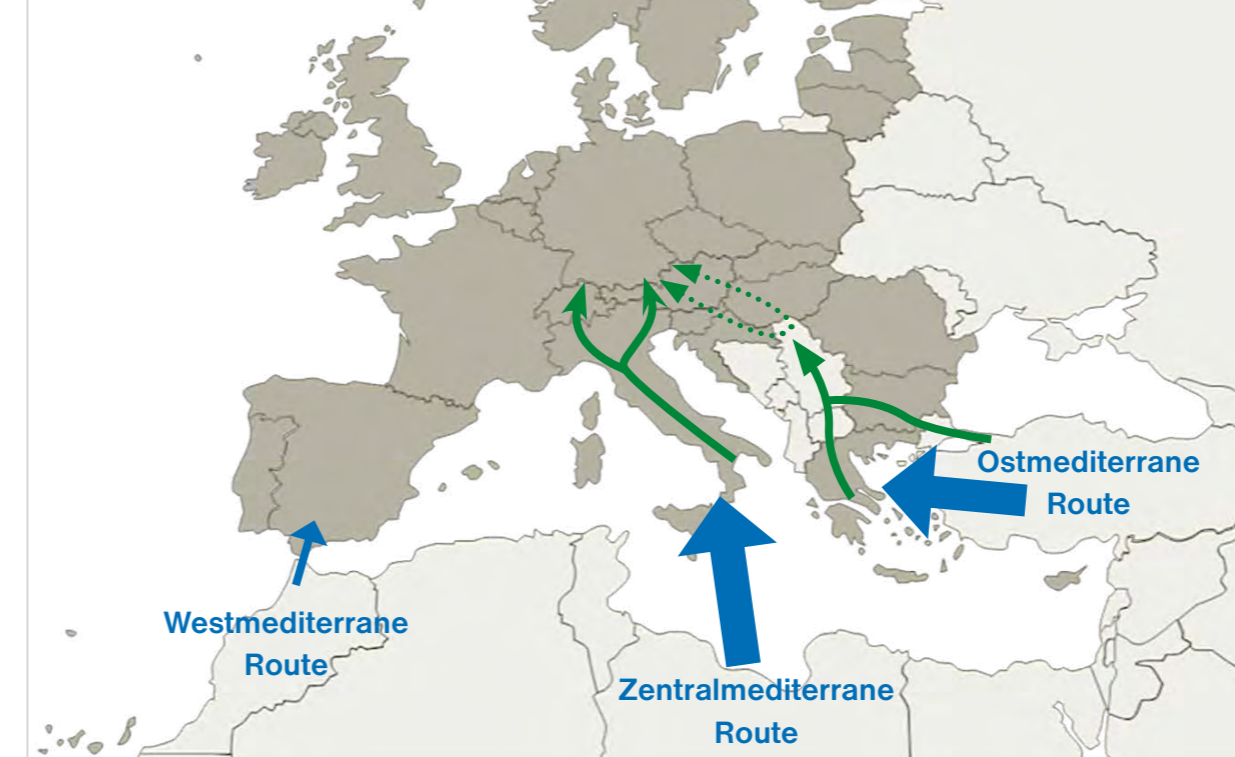
Landgrenze fortgeführt. Im Rahmen der wieder eingeführten Grenzkontrollen konnten im Jahr 2016 insgesamt 15.735 Personen durch die Bundespolizei nach Österreich zurückgewiesen werden. Das bewährte Konzept der Bearbeitungsstraßen mit standardisiertem Registrierungsverfahren und qualifizierter Sachbearbeitung wurde aufrechterhalten und flexibel an die Erfordernisse des Migrationsgeschehens angepasst. Unterstützt durch Kollegen der Bundespolizei aus dem

gesamten Bundesgebiet haben auch die Dienststellen der Bundespolizei an der deutsch-österreichischen Grenze dazu beigetragen, dass neben der Eindämmung illegaler Migration ebenfalls polizeiliche Feststellungen in weiteren Kriminalitätsfeldern getroffen werden konnten. Auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus leistete die Bundespolizei hierdurch einen wichtigen Beitrag im Gesamtgefüge der inneren Sicherheit.

Ab dem zweiten Quartal 2016 rückte die Bedeutung der Zentralmediterranen Route für die europäische Migrationslage stärker in den Fokus. Diese Migrationsroute von der nordafrikanischen Küste über das zentrale Mittelmeer entwickelte sich seit April 2016 zum zugangsstärksten Migrationsweg nach Europa. Rund 181.000 Migranten erreichten im Jahr 2016 Italien über das Mittelmeer. Hauptabfahrtsländer auf der Zentralmediterranen Route waren wie im Vorjahr Libyen und Ägypten. Bei den Hauptherkunftsländern handelte es sich vorrangig um Subsahara-Staaten West- und Ostafrikas.

Auch in Italien werden Hotspots durch die Europäische Union koordiniert und durch Personal aus den Mitgliedstaaten der EU betrieben. Die Bundespolizei hat sich im Jahr 2016 mit 103 Beamten beteiligt. Im Rahmen der durch Frontex koordinierten Joint Operation „Triton“ war zudem ein seeflugtauglicher Polizeihubschrauber im Einsatz.

Da der Großteil der Migranten keinen Daueraufenthalt in Italien anstrebte, begaben sich viele auf die Weiterreise in Richtung West- und Nordeuropa, vor allem nach Deutschland, Großbritannien oder in die skandinavischen Länder.



Aufgrund der anhaltenden islamistisch-terroristischen Bedrohungslage seit Ende 2015 hielt Frankreich den Ausnahmezustand auch 2016 aufrecht und führte die Grenzkontrollen insbesondere an der Landgrenze zu Italien intensiv fort. Im Zusammenhang mit den verstärkten Grenzüberwachungsmaßnahmen an der italienisch-österreichischen Grenze (Brenner) verlagerte sich der Migrationsdruck nunmehr auf die italienisch-schweizerische Grenze. Dort stiegen die Feststellungszahlen von Anfang 2016 bis Mitte des Jahres 2016 nahezu um das 20-Fache an. Diese Entwicklung spiegelte sich auch an der Grenze Deutschlands zur Schweiz wider, an der die Bundespolizei von Mai bis Dezember 2016 dreimal mehr unerlaubte Einreisen feststellte als in den Monaten September 2015 bis April 2016. In der Folge wurde der deutsch-schweizerische Aktionsplan als Maßnahmenpaket zur Verhinderung der illegalen Migration beschlossen und umgesetzt. Insbesondere wurden die gemeinsamen deutsch-schweizerischen Streifen in grenzüberschreitenden Zügen auf schweizerischem Hoheitsgebiet intensiviert, ein vereinfachtes Rückübernahmeverfahren vereinbart sowie gemeinsame grenzüberschreitende Schwerpunkt-fahndungen und Einsätze durchgeführt.

Auch infolge der verstärkten Einsatzmaßnahmen an den Landgrenzen stellte die Bundespolizei im vierten Quartal 2016 vermehrt unerlaubte Einreisen auf Low-Cost-Flügen von Mailand nach München fest.

Durch den Einsatz von zwei GUA an den Flughäfen in Mailand konnte die illegale Migration auf diesem Routing deutlich reduziert werden. Darüber hinaus unterstützten zwei GUA der Bundespolizei die italienische Polizei am Flughafen Bergamo.

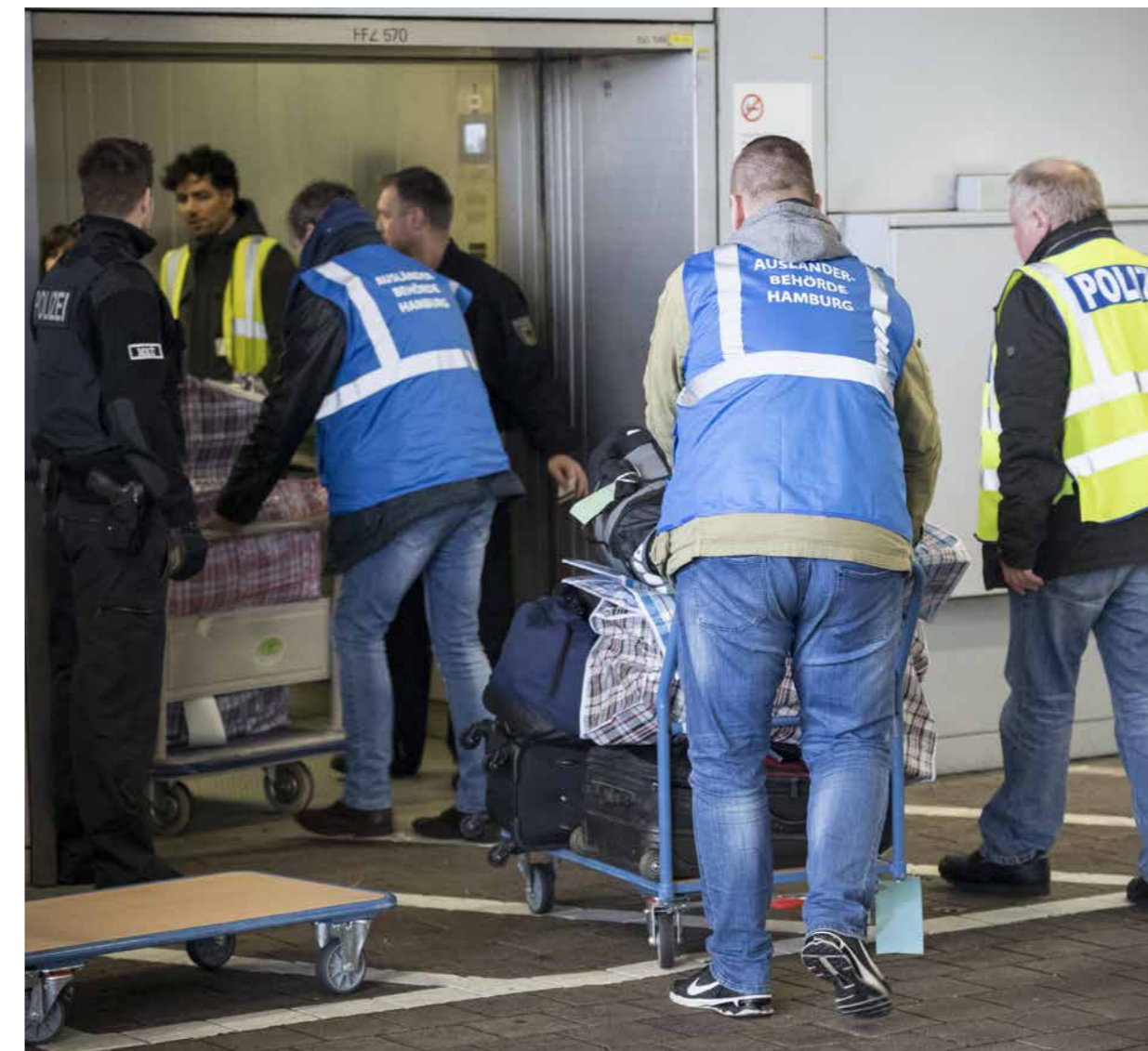
Seit Oktober 2016 wurden zudem vermehrt Schleusungen auf Güterzügen sowohl aus Italien kommend als auch auf den Strecken über die Balkanstaaten festgestellt. Das Verstecken auf Güterzügen, etwa unter Schüttgutladungen sowie in verschlossenen Containern, sind Beispiele für die durch die Migranten und Schleuser in Kauf genommenen Gefahren für Leib und Leben. Auch hier intensivierte die Bundespolizei ihre Maßnahmen zur Kontrolle von grenzüberschreitenden Güterzügen und die Zusammenarbeit mit den betroffenen Staaten entlang der erkannten Routen.

Die aufgetretenen Phänomene belegen, dass sowohl Schleuser als auch Migranten flexibel auf nationale und internationale Maßnahmen im Grenzmanagement reagieren. Die durch die Bundespolizei festgestellten Schleusungsfälle, die im Jahr 2015 noch zu ca. 50 Prozent an der Grenze zu Österreich festgestellt wurden, gingen aufgrund der vorübergehend wiedereingeführten Grenzkontrollen deutlich zurück.

Die Erfahrungen der Migrationslage in den Jahren 2015 und 2016 haben verdeutlicht, dass für eine erfolgreiche Bekämpfung der internationalen Schleusungskriminalität und der illegalen Migration die internationale polizeiliche Zusammenarbeit eine entscheidende Rolle spielt. Die Europäische Union hat hierauf mit der Inkraftsetzung der neuen Verordnung über die Einrichtung einer Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (basierend auf Frontex) und einer damit einhergehenden Mandatserweiterung für Frontex reagiert. Nunmehr verfügt die Agentur u. a. über einen Pool an Einsatzbeamten für Sofortmaßnahmen und Rückführungen und ist zudem mit einer regelmäßig europaweit durchzu-

führenden Schwachstellenbeurteilung betraut. Auch in diese Bereiche war und ist die Bundespolizei aktiv eingebunden, um den bestehenden europäischen Herausforderungen professionell begegnen zu können.

Aufgegriffene Schleuser (nach Häufigkeit der Nationalität)				
Staatsangehörigkeit	2016	2015	Rang in 2015	Entwicklung 2016 zu 2015 in %
<b>Gesamt</b>	<b>1.008</b>	<b>3.370</b>		<b>- 70,1</b>
Syrien	80	390	1	- 79,5
Polen	70	92	12	- 23,9
Irak	64	168	5	- 61,9
Russische Föderation	62	72	14	- 13,9
Deutschland	59	213	4	- 72,3
Serbien	51	146	7	- 65,1
Ukraine	43	51	16	- 15,7
Afghanistan	40	84	13	- 52,4
Türkei	35	100	9	- 65,0
Italien	31	71	15	- 56,3



führenden Schwachstellenbeurteilung betraut. Auch in diese Bereiche war und ist die Bundespolizei aktiv eingebunden, um den bestehenden europäischen Herausforderungen professionell begegnen zu können.

### Rückführung

Die Bundespolizei hat auch im Jahr 2016 die Bundesländer bei der Umsetzung ausländerrechtlicher Entscheidungen unterstützt, insbesondere bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht, und dabei zum tatsächlichen Vollzug der Abschiebung durch die Rückführung beigetragen.

Der schon im Jahr 2015 festgestellte Anstieg der Rückführungszahlen hat sich auch in 2016 weiter fortgesetzt: So stieg die Zahl der Rückführungen (Ab- und Zurückschiebungen) von 13.851 im Jahr 2014 über 22.369 in 2015 auf insgesamt 26.654 im Jahr 2016 an.

Auf dem Luftweg wurden im Jahr 2016 insgesamt 23.933 Personen zurückgeführt (2014: 8.753, 2015: 19.742), ein großer Teil über die Flughäfen Frankfurt am Main und Düsseldorf.

Etwa 80 Prozent der Rückführungen auf dem Luftweg hatten die Westbalkanstaaten zum Ziel, vor allem Albanien, Kosovo, Serbien und Mazedonien.



## Fragen und Antworten

### Was bedeutet „Rückführung“?

Die Zahl der Rückführungen beinhaltet die vollzogenen Ab- und Zurückschiebungen. Rückführung umfasst den letzten Abschnitt einer solchen Maßnahme, nämlich die tatsächliche Außerlandesbringung und ggf. Übergabe der ausreisepflichtigen Person an die Behörden des Zielstaates. Zuständig für die Rückführung sind neben der Bundespolizei auch die Ausländerbehörden und die Polizeien der Länder.

### Auf welchem Weg erfolgen die Rückführungen?

Der Großteil der Rückführungen erfolgt auf dem Luftweg, entweder mittels Linienflug oder mittels Charterflug. Ebenso wird der Land- und Seeweg genutzt.

### Welche Aufgaben obliegen der Bundespolizei bei der Rückführung?

Die Bundespolizeibehörden, meist an den bekannten Verkehrsflughäfen, sind mit der konkreten Durchführung von Rückführungen auf Linien- und Charterflügen beauftragt. Die Koordinierung

von Charterflügen erfolgt durch das Bundespolizeipräsidium. Auf Charterflügen sowie bei Bedarf auf Linienflügen begleitet die Bundespolizei die Rückzuführenden vom Eintreffen am Flughafen bis zur Übergabe im Zielstaat.

### In welchen Fällen werden rückzuführende Personen durch die Bundespolizei begleitet?

Die Begleitung von rückzuführenden Personen dient allein dem Zweck der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung an Bord von Luftfahrzeugen. Diese ist gefährdet, wenn ohne Begleitung eine Gefahr für die rückzuführende Person selbst oder andere Passagiere bestünde.

### Benötigen die für eine begleitete Rückführung eingesetzten Beamtinnen und Beamten eine besondere Qualifikation?

Ja, die hierfür eingesetzten Beamtinnen und Beamten erwerben während einer dreiwöchigen Fortbildung die Qualifikation zum „Personenbegleiter Luft“ (PBL). Erst der erfolgreiche Abschluss dieser Fortbildung berechtigt dazu, Rückführungen begleiten zu dürfen. Die Bundespolizei verfügt über ca. 900 solcher PBL.

Im Rahmen von 243 Sammelrückführungen (2015: 159) wurden im Jahr 2016 insgesamt 13.464 Personen (2015: 10.176) aus Deutschland zurückgeführt.

Insbesondere die Begleitung ausreisepflichtiger Ausländer zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung an Bord von Luftfahrzeugen stellte die Bundespolizei vor eine permanent hohe Einsatzbelastung. Im Verlauf des Jahres 2016 hat die Bundespolizei in insgesamt 8.327 Fällen Beamtinnen und Beamte als Personenbegleiter Luft (PBL) für diese Aufgabe eingesetzt.

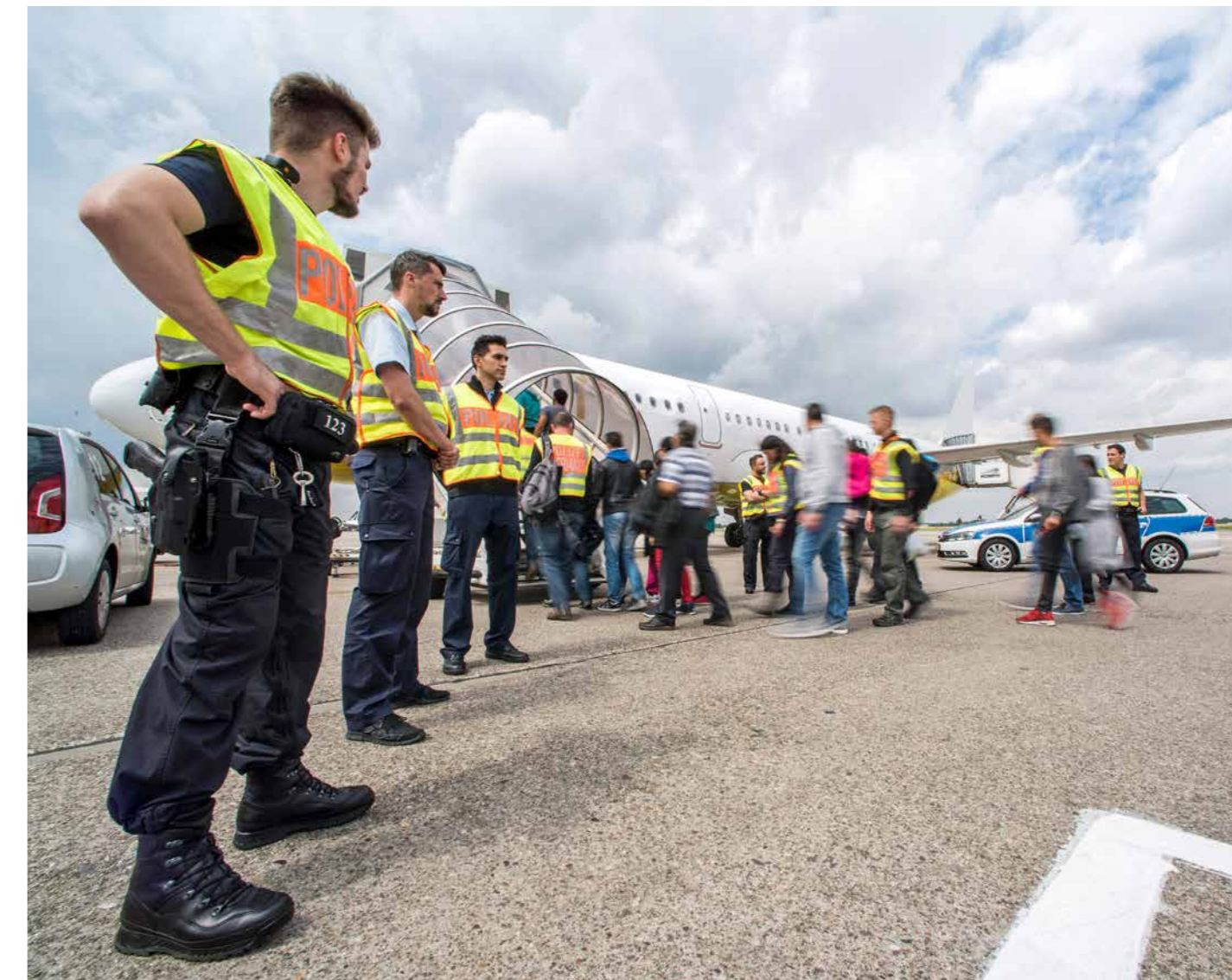
Nachdem die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD im November 2015 beschlossen hatten, dass der Bund die Länder stärker bei der Rückführung unterstützt, wurde durch das Bundesministerium des Innern beim Bundespolizeipräsidium der Bereich der Passersatzbeschaffung ausgebaut. Ab dem 1. Januar 2016 wurden im operativen Bereich sowie im strategischen Dialog mit diplomatischen Vertretungen einzelner Herkunftsstaaten die Bemühungen verstärkt, um über Verbesserungen in der Beschaffung von Heimreisedokumenten zu einer weiteren Steigerung der Rückführungszahlen zu gelangen. Der Fokus lag dabei insbesondere auf den Maghreb-Staaten.

Ende 2016 wurde mit den Planungen für das „Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr“ (ZUR) begonnen, was weitere Verbesserungen in der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure bringen soll.

### Meldungen aus dem Einsatz

Am 8. Dezember 2016 wurde der marokkanische Staatsangehörige Toufik M., der während seiner zweieinhalbjährigen Aufenthaltsdauer in Deutschland erheblich strafrechtlich in Erscheinung getreten war und in den Medien als „König der Diebe“ betitelt wurde, durch Polizeibeamte der Bundespolizei nach Marokko zurückgeführt.

Am 14. Dezember 2016 führte die Bundespolizei auf Grundlage einer mit Afghanistan getroffenen Vereinbarung erstmalig einen Charterflug nach Kabul durch. Es wurden insgesamt 34 ausreisepflichtige afghanische Staatsangehörige, darunter auch Straftäter, zurückgeführt.







# GSG 9 der Bundespolizei

Die GSG 9 – die polizeiliche Spezialeinheit der Bundespolizei zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Gewaltkriminalität – ist im Standort Sankt Augustin bei Bonn beheimatet. Sie wird sowohl im originär bundespolizeilichen Aufgabenbereich eingesetzt als auch zur Unterstützung anderer Behörden, wie z. B. dem Bundeskriminalamt, der Bundeszollverwaltung oder der Polizeien der Länder, angefordert.

Als Reaktion auf die Anschläge in Europa wurde eine noch schnellere Einsatzbereitschaft und Verlegung in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei-Fliegergruppe etabliert und konzeptionell festgehalten.

Die Zusammenarbeit mit der BFE+ wurde verstärkt, in einigen Einsatzszenarien abgeprüft und erfolgreich unter Beweis gestellt.



# Personenschutz Ausland der Bundespolizei

Bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus kommt den Beziehungen zu anderen Staaten eine besondere Bedeutung zu. Deren Pflege und Entwicklung obliegt den Botschaften in nahezu allen Teilen der Welt. Damit diese auch in den Krisenregionen ihre Aufgaben wahrnehmen können, schützt die Dienststelle Personenschutz Ausland der Bundespolizei die Diplomaten des Auswärtigen Amtes in Ländern mit besonderer Gefährdungslage.







# Die BFE+ der Bundespolizei

Die BFE+ in den BFHu\* der Bundesbereitschaftspolizei ist seit Dezember 2015 fester Bestandteil der Sicherheitsarchitektur in Deutschland. Die bisherigen zehn Einsatzanlässe mit 35 Einsatztagen im Jahr 2016 spiegeln die Wichtigkeit der BFE+ im Sicherheitsgefüge der Bundesrepublik wider. Es hat sich gezeigt, dass die dislozierte Verteilung der Bundespolizeiabteilungen und insbesondere der BFHu im Bundesgebiet einen großen Vorteil bei der Bewältigung von Sofortlagen darstellt. Die Entscheidung des Bundesministeriums des Innern, am Standort Blumberg eine zweite BFE+ und damit in einer BFHu insgesamt vier BFE\*\* vorzuhalten, unterstreicht die besondere Bedeutung der BFE+ am Regierungsstandort Berlin. Die Bundespolizei schließt damit eine Lücke, da nun auch mögliche Einsätze der GSG 9 der Bundespolizei in Berlin von zusätzlichen Kräften der BFE+ vorbereitet und begleitet werden können.

Dass diese Zusammenarbeit funktioniert, hat der Einsatz anlässlich des Anschlages vom 19. Dezember 2016 am Breitscheidplatz in Berlin gezeigt. Die BFE+ aus Blumberg stand in der Hauptstadt abrufbereit und leistete in den Stunden und Tagen danach der GSG 9 der Bundespolizei Hilfe bei deren Maßnahmen zur Unterstützung des Bundeskriminalamtes als zentraler Ermittlungsbehörde. Die BFE+ der BFHu Bayreuth ergänzte mit ihren Kräften diesen Einsatz und sorgte so dafür, dass die GSG 9 der Bundespolizei an den richtigen Stellen entlastet und unterstützt wurde. Mit den Indienststellungen der BFE+ in Sankt Augustin und Bayreuth wurde in 2016 die Stärke der BFE+ auf 150 Beamte erhöht.

\* BFHu = Beweissicherungs- und Festnahme-hundertschaft

\*\* BFE = Beweissicherungs- und Festnahme-einheit





# Prävention



## Kriminalprävention „Achten Sie auf Ihre Wertsachen“

Das Präventionsprogramm der Bundespolizei umfasst vielfältige und nachhaltige Maßnahmen, u. a. in den Bereichen Grenzschutz, Bahnpolizei und Luftsicherheit. Die Bundespolizei orientiert sich bei diesen Maßnahmen an den Produkten des Programms „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)“, um den inhaltlichen Gleichklang mit den Polizeien der Länder zu gewährleisten.

Ein Schwerpunkt der Arbeit 2016 war die Thematik **Taschen- und Handgepäckdiebstahl**. Im Jahr 2016 wurden bei der Bundespolizei 47.955 derartige Delikte angezeigt. Das sind 9,0 Prozent weniger als im Vorjahr und bedeutet erstmalig einen Rückgang seit sieben Jahren (z. B. im Bahnbereich: -7,0 Prozent). Gleichwohl sind die Zahlen weiterhin auf einem hohen Niveau. Denn allzu oft ist bei Reisenden ein sorgloser Umgang mit Wertsachen feststellbar. Professionell und schnell agierende Straftäter können in einem kurzen Moment den Verlust der Wertsachen sowie der Identitätspapiere verursachen.

Um die Reichweite der präventiven Botschaften zum Schutz vor einem Taschendiebstahl zu verstärken, wurde das Portfolio der gemeinsamen Kampagne mit der Deutschen Bahn AG „Achten Sie auf Ihre Wertsachen“ erweitert. Neu erstellte Bodenaufkleber und professionelle Filmbeiträge zeigen an ausgewählten Bahnhöfen und in den sozialen Medien, wie wichtig es ist, achtsam mit den eigenen Wertsachen umzugehen.

Weitere Hinweise gegen Tricks der Taschendiebe lesen Sie hier:



Beratung: An Informationsständen beantwortet die Bundespolizei Ihre Fragen



Vorführung des „Antanztricks“ anlässlich des Besuchs des Bundesinnenministers Dr. Thomas de Maizière am 4. April 2016 bei der Bundespolizeiinspektion Berlin-Ostbahnhof



Präventionsstreifen informieren die Reisenden in den Zügen



Sensibilisierung: An Schwerpunktbahnhöfen weisen Bodenaufkleber und neue Filmbeiträge Reisende auf ein achtsames Verhalten hin



# Polizeitechnik



**80.112.456**

[ Gefahrene Kilometer ]



**21.203**

[ Flugstunden,  
davon 5.375 im  
Luftrettungsdienst ]



**167.600**

[ Seemeilen ]



**16.573**

[ Luftrettungsdiensteinsätze,  
dabei 4.539 transportierte  
Patienten ]



# Dienstfahrzeuge der Bundespolizei



1.638

[ Streifenfahrzeuge ]



354

[ Anhänger ]



29

[ Elektro-/  
Hybridfahrzeuge ]

15

[ Wasserwerfer ]



13

[ Rettungswagen ]





# Boote und Schiffe

## 5

[ Kontroll- und Streifenboote\* ]



\* Zwei der fünf Boote befinden sich seit März 2016 im Mittelmeer.



\*\* Zwei Einsatzschiffe wurden Anfang 2017 außer Dienst gestellt, ein drittes folgt Anfang 2018.



## 1

[ Schlepper ]

## 6

[ Hochseetaugliche Einsatzschiffe\*\* ]

## Drei neue Einsatzschiffe für die Bundespolizei

Die Bundespolizei erhält drei neue hochseetaugliche Einsatzschiffe. Innerhalb von zwei Jahren werden diese von der Fr. Fassmer GmbH & Co. KG Werft in Berne gebaut und sollen Ende 2018 übergeben werden. Damit ist der dringend benötigte Ersatz von drei Einsatzschiffen älterer Bauart sichergestellt, die das Ende ihrer Nutzungsdauer längst erreicht haben.

Mit den neuen Schiffen stehen der Bundespolizei zukünftig hochmoderne, effiziente und umweltfreundliche Einsatzmittel zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Küstenwachverbund auf Nord- und Ostsee zur Verfügung.

Bei den Neubauten handelt es sich um drei 86 Meter lange Schiffe mit einer Bruttoreaumzahl von 1.980. Sie sind mit einem Hubschrauberlandedeck ausgestattet, auf dem auch der größte Hubschrauber der Bundespolizei, der „Super Puma“, sicher starten und landen kann. Diese Fähigkeit besitzt bisher kein anderes ziviles deutsches Behördenschiff. Zudem bieten variable Staumöglichkeiten für Container ausreichend Raum, auch spezielle Missionsmodule aufzunehmen und so flexibel auf künftige Herausforderungen reagieren zu können.

Die Schiffe werden über ein Antriebssystem verfügen, das hinsichtlich der Abgasemissionen

auf dem neuesten Stand ist und die Umweltstandards TIER III und die ECA-Norm für Nord- und Ostsee in der derzeit geltenden Fassung erfüllen. Darüber hinaus weisen die Einsatzschiffe alle konstruktiven Kriterien auf, die für eine spätere Erteilung des Umweltsiegels „Blauer Engel“ erforderlich sind.



# Polizeihubschrauber und Luftrettungsdienst



19

[ Leichte Transport-  
hubschrauber (H155) ]



6

[ Schulungs-  
hubschrauber (H120) ]

24

[ Aufklärungs- und Beobachtungs-  
hubschrauber (H135) ]



16

[ Zivilschutz-  
hubschrauber (H135) ]



19

[ Mittlere Transporthubschrauber  
(AS332 L1 Super Puma) ]





## Bekleidung

**29.800**

[ Einsatzschutzhelme ]



**34.200**

[ Paar Einsatzhandschuhe ]

**31.700**

[ Funktionsgürtel, Textil,  
flammhemmend ]



**150.000**

[ Einsatzshirts ]



# Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)

## 4,69 Mio.

[ Funkgespräche im Digitalfunk ]

## 142,95 Mio.

[ Sekunden Gesamtdauer Funkgespräche im Digitalfunk (= 39.708 Stunden) ]

## 6.424

[ Überprüfungen von Mobilfunkendgeräten zur Beweissicherung in Strafverfahren ]



Die polizeilichen Lagen der letzten Jahre erfordern zunehmend eine flexible regionale Schwerpunktsetzung in bisher nicht gekannten Dimensionen. Dies verlangt auch die Fähigkeit, sehr schnell und flexibel umfangreiche IKT-Ausstattung an den jeweiligen Einsatzorten verfügbar zu machen. Die Bundespolizei treibt das mobile Arbeiten voran. Schwerpunkt bildet dabei auch der zukünftige Einsatz von geschützten Smartphones und Tablets. Pilotprojekte wurden 2016 gestartet.





Nach der Einführung von EasyPASS zur automatisierten Grenzkontrolle für Inhaberinnen und Inhaber von elektronischen Reisepässen der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraumes und der Schweiz in 2014 geht die moderne automatisierte Grenzkontrolle in die nächste Phase. Seit dem 8. Dezember 2016 werden am Flughafen Frankfurt am Main die ersten vier Selbstbedienungskioske für einreisende Drittstaatsangehörige erprobt. Dabei können neben der automatisierten Vorprüfung des Reisedokumentes und der Verifikation des Reisenden mittels Lichtbild und Fingerabdrücken auch Teile der Einreisebefragung am Kiosk durchlaufen werden.



**9,57 Mio.**

[Automatisierte Grenzkontrollen mittels  
EASY PASS ; 2015: 7,3 Mio./2014: 2,46 Mio.]

**73,5 Mio.**

[INPOL-Fahndungsabfragen]

**199,29 Mio.**

[INPOL-Sachfahndungsabfragen  
(745.209,74 pro Tag =  
31.050,4/Stunde = 517,5/Minute)]



**39,2 Mio.**

[Optische Dokumentenprüfungen  
mittels Dokumentenprüfgeräten]





## Tiere in der Bundespolizei



# 464

[ Diensthunde ]

*Diensthunde werden in der Bundespolizei als Schutzhund, Sprengstoffspürhund, Pyrotechnikspürhund oder Wachhund eingesetzt.*

*Das Mitführen und Zeigen von Diensthunden entfaltet eine spürbare präventiv-polizeiliche Wirkung und setzt in der Regel die Flucht- und Gewaltbereitschaft polizeipflichtiger Personen herab.*

*Schutzhunde können eingesetzt werden, um Personen aufzuspüren, flüchtige Personen zu stellen, Geländeteile und Räumlichkeiten zu überwachen, Einsatzräume abzusperren und frei zu halten.*

*Sprengstoffspürhunde eignen sich zum Aufspüren, Lokalisieren und Anzeigen von Waffen, Munition, Explosivstoffen und Chemikalien, die zur Herstellung von Unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) verwendet werden können.*

*Pyrotechnikspürhunde sind zur Detektion von Pyrotechnik einerseits bei der objektbezogenen Absuche, insbesondere von Gebäuden, Verkehrsmitteln, Geländeteilen, Gepäckstücken, und andererseits zur Absuche an Personen und deren Handgepäck in verschiedenen Aufgabenbereichen der Bundespolizei einsetzbar.*

*Wachhunde dienen der Bewachung und der Sicherung eigener Einrichtungen.*



# 24

[ Dienstpferde ]

*Dienstpferde können u. a. zur Überwachung, zur offenen Aufklärung von schwer zugänglichen Geländeteilen, zum Freihalten von Einsatzräumen sowie zur Vor- und Nachaufsicht eingesetzt werden.*





# Bundespolizei – Zahlen, Daten, Fakten

## Geleistete Einsatzstunden der Bundesbereitschafts- polizei für die Bundesländer im Jahr 2016



# 69.887

Das sind deutlich weniger Unterstützungseinsätze als in den Vorjahren. Bedingt durch die aufgrund der Migrationslage im Jahr 2016 wiedereingeführten Grenzkontrollen unterstützt die Bundesbereitschaftspolizei schwerpunktmäßig die Bundespolizeidienststellen im Rahmen der originären Aufgabenwahrnehmung gemäß § 2 BPolG.





# Bundespolizei und Fußball

Angaben für die Saison 2015/2016



\* im Vergleich zur Vorsaison

Die Bundespolizei hat in der Saison 2015/2016 insgesamt 1.617 Einsätze aus Anlass von Sportveranstaltungen durchgeführt. Dies entspricht etwa dem Niveau der Vorsaison. Den Schwerpunkt bildete hierbei wie bereits in den Vorjahren die Überwachung des schienengebundenen Fußballfanreiseverkehrs. Analog zu den zurückliegenden Spielzeiten führten die konstant hohen Zuschauerzahlen in den Profiligen und die attraktiven, mit entsprechenden Fahrausweisen kombinierten Tickets zu einem unverändert hohen Aufkommen bahnreisender Fußballanhänger.

Die Anzahl der eingesetzten Kräfte befand sich in der zurückliegenden Spielzeit auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der zentralen Auswertung des Bundespolizeipräsidiums. Nachdem im Vorjahr bereits ein Rückgang von 18 Prozent zu verzeichnen war, sank die Zahl der eingesetzten Kräfte erneut um 29 Prozent. Als Ursache ist hierfür mit Schwerpunkt der Einsatz von Bundespolizeibeamten anlässlich der Migrationslage zu sehen. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls die Abnahme insbesondere der präventiven Maßnahmen zu betrachten (- 35 Prozent).

Im Vergleich zur Saison 2014/2015 ist die Zahl der festgestellten Straftaten ebenfalls stark rückläufig (- 29 Prozent). Eine Tendenz, die sich ebenso in der Anzahl der Gewaltdelikte widerspiegelt (- 16 Prozent), die mit 560 Delikten jedoch weiterhin sehr hoch bleibt. Die durch Fußballstörer begangenen Straftaten sind somit nach wie vor von einem hohen Gewaltpotenzial geprägt.

Bei der Anzahl der verletzten Personen ist ein Rückgang von 26 Prozent zu verzeichnen.



## Meldungen aus dem Einsatz

### GRENZSCHUTZ

Bei der Rückreise eines 22-Jährigen aus Syrien über die Türkei wurde dieser am 23. September 2016 am Flughafen Düsseldorf verhaftet. Grund war der Haftbefehl der Bundesanwaltschaft wegen dringenden Verdachts der **Mitgliedschaft in der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS)**. Der Beschuldigte soll im August 2015 nach Syrien gereist sein und sich dort dem sogenannten IS angeschlossen haben. Des Weiteren soll er in Deutschland Menschen aufgefordert haben, ihm in das Gebiet des sogenannten IS zu folgen. Der Verhaftete wurde über das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalens der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe überstellt.



### BAHNPOLIZEI

**Bad Aibling, 9. Februar 2016 um 06:43 Uhr: Bahnbetriebsunfall.** Auf der eingleisigen Bahnstrecke Rosenheim-Holzkirchen-München bei Bkm 30,2 zwischen den Haltepunkten Bad Aibling Kurpark und Kolbermoor stießen zwei Personenzüge der Bayerischen Oberlandbahn/Meridian frontal zusammen und verkeilten sich ineinander. Infolgedessen starben zwölf Personen, 85 Fahrgäste wurden zum Teil schwer verletzt. Die Instandsetzung der Infrastruktur nahm elf Tage in Anspruch. Der Fahrdienstleiter wurde zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt.

**Bahnhof Hannover, 26. Februar 2016 um 17:05 Uhr: Versuchtes Tötungsdelikt zum Nachteil eines Bundespolizisten.** Eine 15-Jährige stach einen Beamten der Bundespolizei während der Kontrolle mit einem Küchenmesser (Klingenlänge: 6 cm) in den Hals. Die 15-Jährige flüchtete, konnte aber im Rahmen der Nahbereichsfahndung durch Bundespolizisten festgenommen werden. Der verletzte Beamte wurde in einem Krankenhaus operiert.



### LUFTSICHERHEIT

**Flughafen Düsseldorf, 2. Januar 2016: Munitionsfund bei Fluggastkontrolle.** Bei der Luftsicherheitskontrolle wurden in der Handtasche einer 37-jährigen Passagierin zwölf 9mm-Patronen aufgefunden. Nach Sicherstellung der Munition, Strafanzeige, Vernehmung und Entrichtung einer Sicherheitsleistung wurde die Passagierin zudem durch das Luftfahrtunternehmen vom Flug ausgeschlossen.

**Flughafen Köln/Bonn, 1. März 2016: Durchbruch Luftsicherheitskontrolle.** Eine weibliche Person drang im Flughafen Köln/Bonn unter Umgehung der Luftsicherheitskontrolle unkontrolliert in den Sicherheitsbereich ein. Die Bundespolizei musste daraufhin den gesamten Sicherheitsbereich des Terminals 2 räumen und durchsuchen. Abflugbereite Luftfahrzeuge durften nicht mehr starten und mussten geräumt werden. Die Bundespolizei war mit allen verfügbaren Sprengstoffspürhunden im Einsatz. Die gesuchte Person stellte sich während der Einsatzmaßnahmen selbst.





# Einsätze der Bundespolizei See



## Einsatz der Bundespolizei unter der Ägide von Frontex

Am 27. Juli 2016 unterstützte ein Hubschrauber der Bundespolizei bei einer gemeinsamen Operation von Frontex zur Vereitelung von Drogenschmuggel über den Seeweg zwischen Albanien und Italien. Die Guardia di Finanza leitete und koordinierte die Maßnahme. Auftrag für den deutschen Hubschrauber war die unerkannte Observation eines Schmugglerbootes. Gegen die Täter wurde bereits länger ermittelt. Am Einsatztag hatten sie ca. 1.200 kg Marihuana an Bord geladen, die nach Italien geschmuggelt werden sollten. Der Hubschrauber startete nach Alarmierung

um 18:55 Uhr Richtung Monopoli an der Adria. Gegen 19:23 Uhr konnte das Schlauchboot aufgrund einer mitgeteilten Koordinate sowie mithilfe der Wärmebildkamera aus großer Höhe und Entfernung identifiziert werden. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich die Täter etwa 15 NM von der italienischen Küste entfernt und bewegten sich mit geringer Fahrt nach Westen. Die genaue Position des Bootes wurde durch den mitfliegenden Verbindungsbeamten der Guardia di Finanza an das Lokale Koordinierungszentrum Taranto übermittelt, sodass nun drei bereits wartende Schnellboote der Guardia di Finanza die Verfolgung aufnehmen konnten. Als die Täter realisierten, dass sie verfolgt werden, warfen sie die Drogenpakete vollständig über Bord und versuchten, mit hoher Geschwindigkeit zur italienischen Küste zu fliehen. Die Straftat konnte vereitelt, das Boot und die Drogen beschlagnahmt werden.



## Einsätze der Bundespolizei in der Ägäis/Samos

Lageticker Einsatz Küstenwachboote Griechenland:

7. März 2016, Küste vor Samos/Griechenland, 6:55 Uhr Ortszeit – Küstenwachboot BP 62 „Uckermark“ rettet erstmals Migranten, die in einem seeuntauglichen Schlauchboot versuchten, von der Türkei nach Griechenland überzusetzen, und in Seenot gerieten. Insgesamt werden 48 Personen, davon 16 Frauen und 14 Kinder, an Bord genommen. Eine Person wird als mutmaßlicher Schleuser identifiziert.



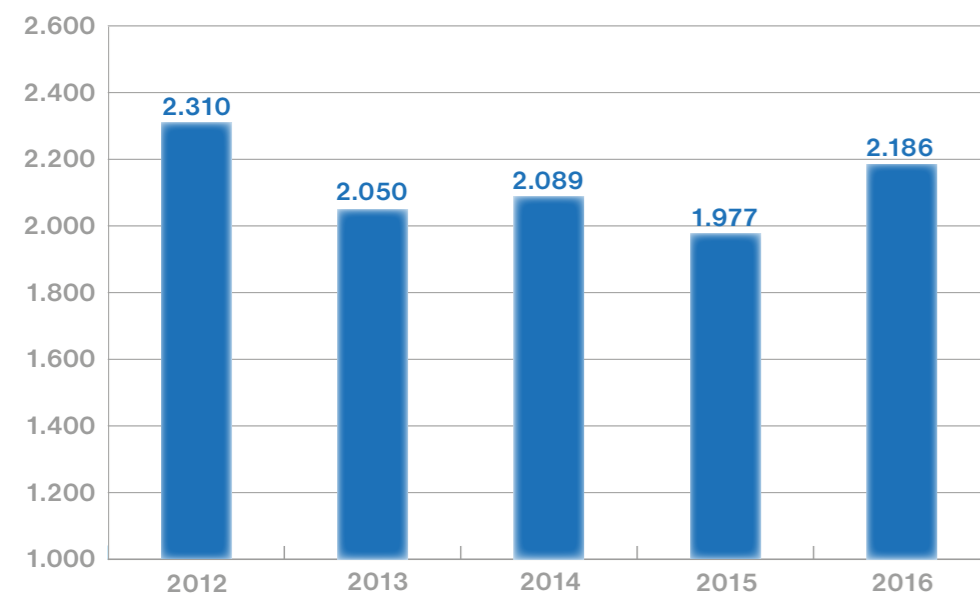
9. April 2016, Küste vor Samos/Griechenland, 6:53 Uhr Ortszeit, Meldung Küstenwachboot BP 64 „Börde“: im Bereich von Kap Praso (Nordostspitze Samos) Leuchtsignale von Schwimmwesten und Schreie wahrgenommen – gekentertes Boot aufgefunden – mehrere tote Personen geborgen, darunter Kinder – etliche Personen lebend geborgen – Erste Hilfe und Wiederbelebungsmaßnahmen – Gerettete zum Teil an ein Kreuzfahrtschiff übergeben – im Einsatz: BP 62 und BP 64, schwedisches SAR-Team, rumänischer Helikopter, griechische Küstenwache.



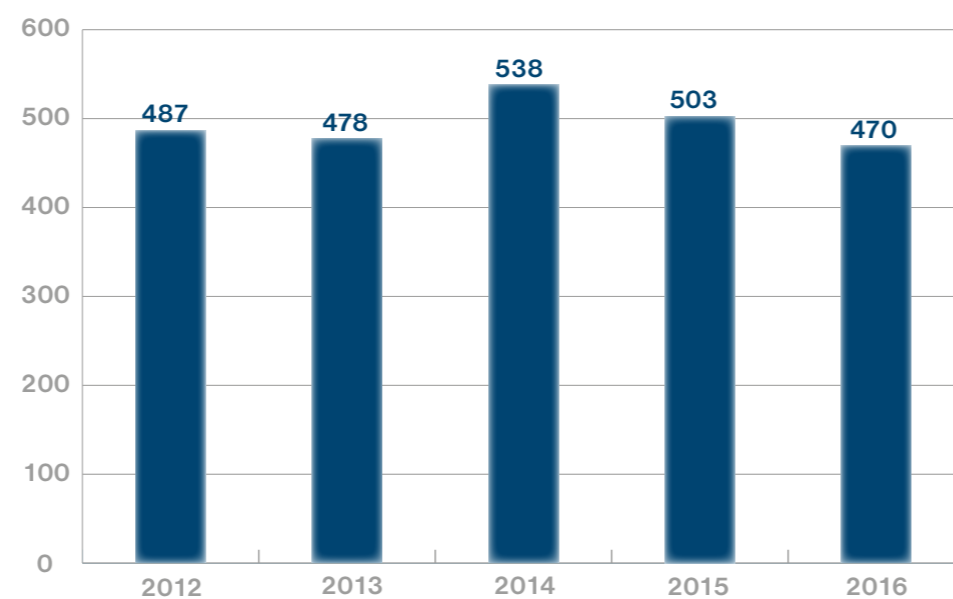


# Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte

**Angegriffene  
Polizeivollzugsbeamte**



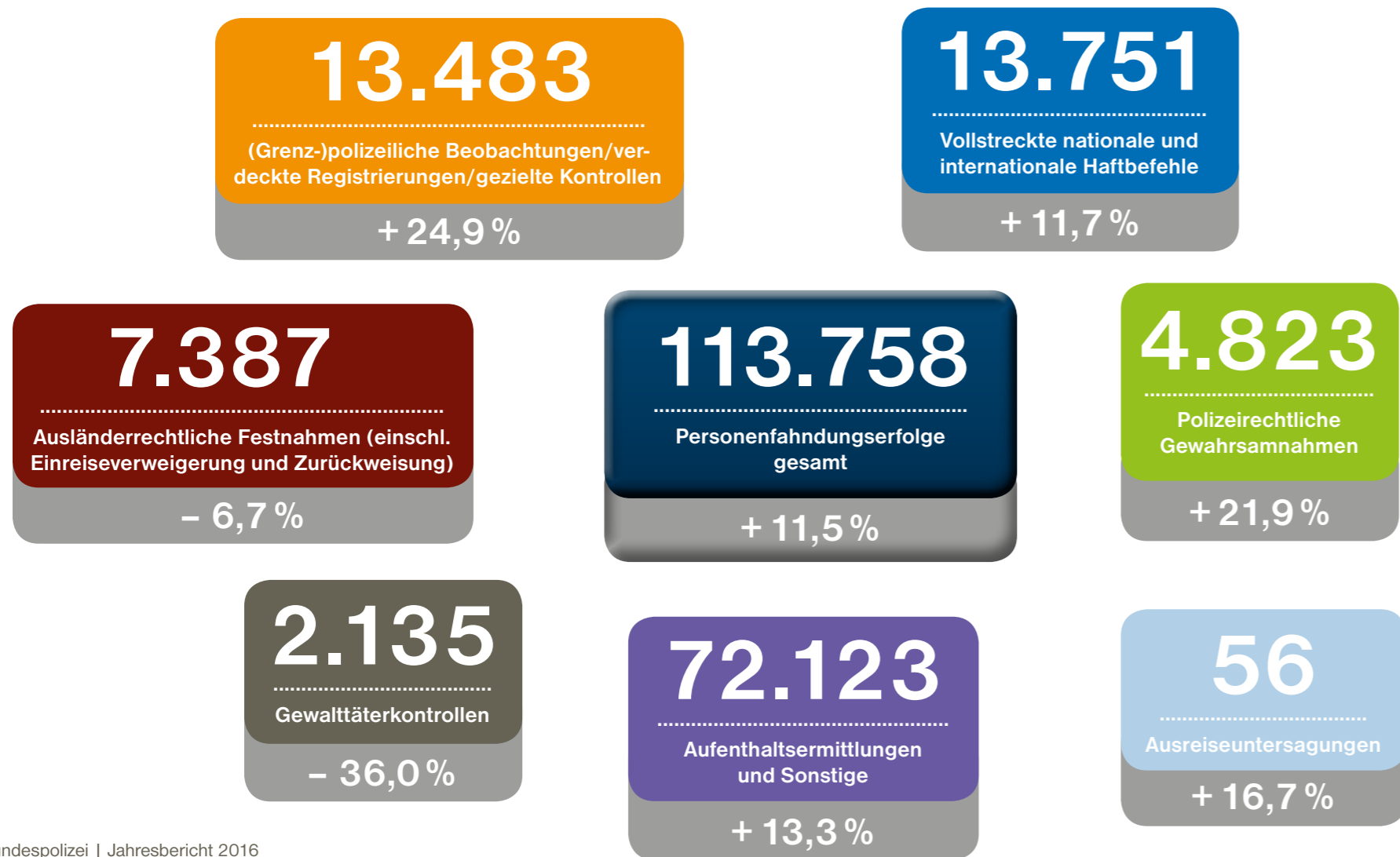
**Dabei verletzte  
Polizeivollzugsbeamte**





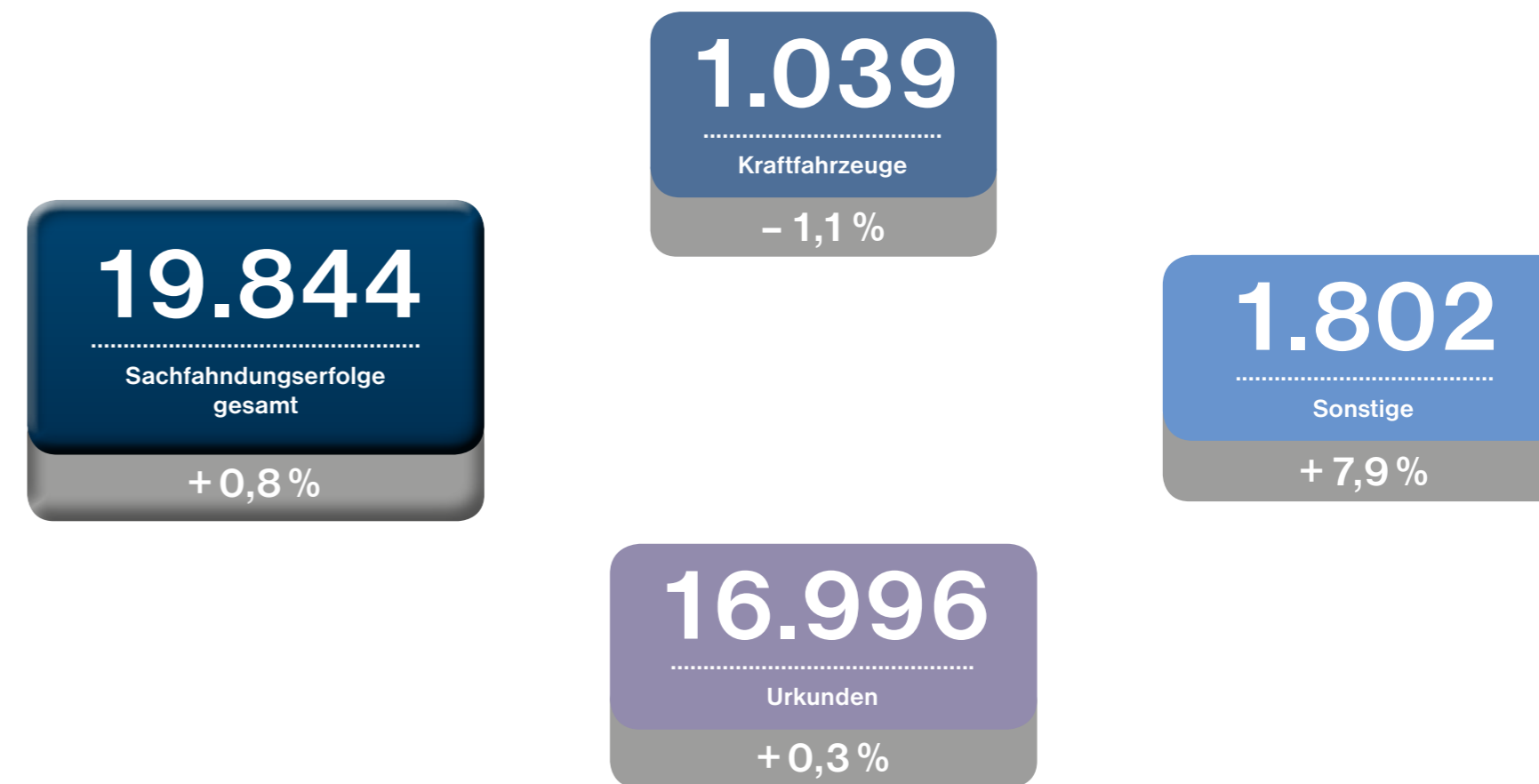
## Personenfahndungserfolge der Bundespolizei

mit prozentualer Veränderung im Vergleich zum Vorjahr (ohne beauftragte Behörden)



## Sachfahndungserfolge der Bundespolizei

mit prozentualer Veränderung im Vergleich zum Vorjahr (ohne beauftragte Behörden)





# Herausragende Fahndungs- und Ermittlungserfolge der Bundespolizei

## Erwerbs- und bandenmäßiges Einschleusen

Am 28. April 2016 fand ein durch die BPOLI Flughafen München geführtes Ermittlungsverfahren mit dem Arbeitsnamen GEORG vor dem Landgericht Traunstein seinen Abschluss. Der ägyptische Schleuserorganisator Guirguis Y. wurde zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und zehn Monaten verurteilt.

Bemerkenswert war indes der Verlauf der Ermittlungen: Beginnend im Dezember 2013 stellten verschiedene Dienststellen der Landes- und Bundespolizei im gesamten Bundesgebiet Fahrzeugschleusungen mit in Italien zugelassenen Pkw fest. Bei den Geschleusten handelte es sich überwiegend um syrische Staatsangehörige. Ausgangspunkt der Schleusungen war fast immer Mailand, Reiseziel der Geschleusten überwiegend Dänemark. Regelmäßig fiel in den Vernehmungen der Name Giorgio bzw. George. Im Frühjahr 2014 konnte die BPOLI Selb dem Giorgio/George im Rahmen ihrer ermittlungsbegleitenden Auswertung bereits sieben Schleusungsfälle zuordnen. Aufgrund der damaligen Auslastung des Ermittlungsdienstes konnte das Verfahren durch die BPOLI Selb jedoch nicht abschließend bearbeitet werden. Aus diesem Grund entschloss sich die BPOLD München zu einem ungewöhnlichen Schritt. Sie übertrug einer Flughafendienststelle die weiteren Ermittlungen zu den Landwegschleusungen.



Die Verfahrensübernahme durch die BPOLI Flughafen München erfolgte am 11. Juli 2014. Bis zum 31. Juli 2014 konnten dem Giorgio/Georg sechs weitere Tathandlungen zugeordnet werden. Den Durchbruch brachte ein Rechtshilfeersuchen an das italienische Verbindungsbüro bei Europol. Die italienische Polizei ordnete der übermittelten Rufnummer die rechtmäßigen Personalien von Guirguis Y. zu und übersandte den deutschen Ermittlern ein ED-Lichtbild.

Im weiteren Verlauf wurden die einzelnen Ermittlungsvorgänge gegen Guirguis Y. an die Staatsanwaltschaft Traunstein abgegeben. Die Beweislage gegen Guirguis Y. hatte sich bis November 2014 so weit verdichtet, dass es für einen EU-Haftbefehl reichte. Am 8. September 2015 wurde Guirguis Y. durch die italienische Polizei in Mailand festgenommen und nach Deutschland ausgeliefert. Die Ermittler der BPOLI Flughafen

München wiesen dem Beschuldigten nach, vom 8. Dezember 2013 bis 11. Oktober 2014 in 23 Fällen für die Einschleusung von insgesamt 115 zumeist syrischen Staatsangehörigen verantwortlich gewesen zu sein. In einem Teilgeständnis belastete er einen weiteren Schleuser, der aufgrund dieser Aussage ebenfalls identifiziert und später in Mailand festgenommen wurde.

## Aufbrüche von Fahrausweisautomaten

Im Bereich der Eigentumsdelikte zum Nachteil der DB AG bilden die Diebstähle aus Fahrausweisautomaten einen Ermittlungsschwerpunkt. Anfang des Jahres 2016 wurden im Raum Hamburg wiederholt Fahrausweisautomaten mittels sogenannter „Polenböllern“ aufgesprengt und die Geldkassetten entnommen. Die BPOLI KB Hamburg richtete aufgrund der sich abzeichnenden Serienstraftat mit der Zentralen Kriminalinspektion Lüneburg eine gemeinsame Ermittlungsgruppe (GEG TUONO) ein. Im Ergebnis konnten sechs Täter ermittelt werden, denen die Aufsprengung von Fahrausweisautomaten in 49 Fällen nachgewiesen werden konnte. Durch die Täter wurde ein Bargelddbetrag in Höhe von ca. 40.000 Euro entwendet. Der durch die Sprengungen verursachte Sachschaden betrug aufgrund der Totalzerstörungen der Automaten ca. 1,4 Mio. Euro. Vier Täter wurden Anfang Januar 2017 zu hohen Freiheitsstrafen von bis zu vier Jahren und sieben Monaten verurteilt. Da die Täter bei der Tatausführung auf Video aufgezeichnet wurden, spielte der Videobeweis bei der Beweisführung eine wesentliche Rolle.



## Taschendiebstahl

Taschendiebstähle werden zu einem großen Teil von Banden ausgeführt, die europaweit und arbeitsteilig agieren. Die Tätergruppen bestehen zum Teil aus mehr als 100 Personen und weisen straffe Organisationsformen auf. Die BPOLI KB Berlin leitete aufgrund einer Zunahme der Taschendiebstähle im Bereich der Berliner Bahnhöfe im April 2016 das Ermittlungsverfahren „Charlotte“ ein und ermittelte 44 Beschuldigte. Die Täter hatten einen Tatgewinn in Höhe von ca. 225.000 Euro erzielt. Gegen 17 Beschuldigte wurden durch das zuständige Amtsgericht Haftbefehle wegen Bandendiebstahls erlassen. 15 Haftbefehle wurden

bereits vollstreckt. Den Tätern kann die Beteiligung an 90 vollendeten Taschendiebstählen nachgewiesen werden, 50 davon sind auf Video



festgehalten. Aufgrund dieser Aufzeichnungen konnte die organisierte und arbeitsteilige Arbeitsweise der Täter nachgewiesen und somit der für den Erlass von Haftbefehlen notwendige dringende Tatverdacht (§ 112 Abs. 1 StPO) zweifelsfrei begründet werden.

Im Bereich der repressiven Ermittlungsverfahren hat sich der Videobeweis als sichere Beweisgrundlage bewährt. Dies gilt sowohl für den Bereich der Beweisführung als auch für die Identifizierung der Täter.



# Mobile Fahndungseinheit

## Einsatz- und Ermittlungsunterstützung

Die Bundespolizei setzt zur Bekämpfung der organisierten und schweren Kriminalität sowie zur qualifizierten Aufklärung und Fahndung ihre Mobilen Fahndungseinheiten (MFE) ein. Diese verdeckt operierenden Einheiten sind bundesweit an über 17 Standorten mit knapp 600 Mitarbeitern disloziert. Sie unterstützen die Ermittlungsdienste der Bundespolizei und anderer Bedarfsträger bei der Aufklärung von Straftaten

und gefahrenabwehrenden Maßnahmen. Für dieses Aufgabenspektrum umfasst das Maßnahmenportfolio spezielle verdeckte Einsatztaktiken und den Einsatz operativer Technik.

Insbesondere die Observation – auch grenzüberschreitend – trägt wesentlich zu einem erfolgreichen Abschluss eines Ermittlungsverfahrens bei. Bei über 350 solcher Verfahren und Einsatzanlässe unterstützten die MFE mit 465.000 Einsatzstunden im Jahr 2016.

Flexible Arbeitszeiten, ständig wechselnde Einsatzorte und die Zusammenarbeit mit anderen Behörden gehören zum herausfordernden, aber auch abwechslungsreichen Alltag der Mobilen Fahndungseinheiten.

Hervorzuheben war der Einsatz der MFE im Ermittlungskomplex KiNA. Die dortigen Ermittlungen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Dresden wurden gegen Tätergruppierungen wegen des Verdachts des teilweise international organisierten Bandendiebstahls in Bahnhöfen sowie der Bandenhehlerlei geführt. Im Laufe des Jahres 2016 konnten acht Täter namhaft gemacht und verhaftet werden. Hieraus resultierende Ermittlungen ergaben, dass die Täter ihr Diebesgut in großem Stil regelmäßig an bestimmten Gewerbeobjekten veräußerten. Insgesamt wird von einer Schadenssumme von mehreren hunderttausend Euro ausgegangen. Die MFE war bei den intensiv geführten Ermittlungen maßgeblich eingebunden.





Bei Luftsicherheitskontrollen  
an den Flughäfen, an denen die  
Bundespolizei zuständig ist, wurden

304.922\*

verbotene Gegenstände festgestellt.

\* Hierunter fallen beispielsweise 579 Schuss-  
waffen, 1.795 Schusswaffennachbildungen  
sowie 1.898 Sprengstoffe und Munitionsteile.

Der „Verkehrsträger Luft“ steht nach wie vor im Zielspektrum sowohl von islamistisch-terroristischen Gruppierungen als auch von islamistisch motivierten Einzeltätern. Gründe sind insbesondere die Symbolträchtigkeit des zivilen Luftverkehrs, hohe potenzielle Opferzahlen, maximale infrastrukturelle und wirtschaftliche Schäden sowie eine große mediale Aufmerksamkeit.

Davon zeugen z.B. die Anschläge im Jahr 2016 an den Flughäfen „Zaventem“ in Brüssel/Belgien und „Atatürk“ in Istanbul/Türkei sowie auf ein Luftfahrzeug der Fluggesellschaft Daallo Airlines auf dem Flug von Mogadishu/Somalia nach Dschibuti.

Die Fluggastzahlen steigen zudem kontinuierlich und stellen die Bundespolizei aufgrund der geschilderten Gefährdungslage vor immer größere Herausforderungen. Es ist erforderlich, die Sicherheitsbestimmungen umfassend umzusetzen, um jegliches Bedrohungspotenzial auf ein Minimum zu reduzieren. Ein wichtiger Teil sind hierbei die Fluggast- und Handgepäckkontrollen.

Wie bedeutend die Sicherheitskontrolle an deutschen Flughäfen ist, zeigen die im Jahr 2016 bei Luftsicherheitskontrollen im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei festgestellten verbotenen Gegenstände.



## Deliktsbereiche

Zusatzinformation:  
Im Berichtsjahr 2016 wurden 1.888 strafrechtliche Delikte mittels stationärer Videotechnik auf Bahnanlagen und in Zügen aufgeklärt.

	2016	2015	Veränderungen	
			absolut	in %
<b>Straftaten (insgesamt)</b>	<b>554.173</b>	<b>436.387</b>	<b>+ 117.786</b>	<b>+ 27,0</b>
<b>Gesamtaufklärungsquote in %</b>	<b>71,9</b>	<b>82,1</b>		
<b>Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, darunter:</b>	<b>10.892</b>	<b>9.766</b>	<b>+ 1.126</b>	<b>+ 11,5</b>
Körperverletzung (insgesamt), davon:	9.375	8.331	+ 1.044	+ 12,5
Gefährliche und schwere Körperverletzung	2.401	2.170	+ 231	+ 10,6
Sonstige Körperverletzungen	6.974	6.161	+ 813	+ 13,2
Aufklärungsquote (vorsätzlich leichte) Körperverletzung in %	82,7	83,1	- 0,4	- 0,5
<b>Diebstahl (insgesamt), darunter:</b>	<b>56.535</b>	<b>57.141</b>	<b>- 606</b>	<b>- 1,1</b>
Taschendiebstahl	22.175	19.296	+ 2.879	+ 14,9
<b>Vermögens- und Fälschungsdelikte, darunter:</b>	<b>142.471</b>	<b>153.831</b>	<b>-11.360</b>	<b>- 7,4</b>
Beförderungerschleichung	117.738	130.407	-12.669	- 9,7
Urkundenfälschung	6.490	4.797	+ 1.693	+ 35,3
<b>Sonstige Straftatbestände nach dem Strafgesetzbuch, darunter:</b>	<b>43.775</b>	<b>41.789</b>	<b>+ 1.986</b>	<b>+ 4,8</b>
Sachbeschädigung (insgesamt), davon:	27.513	27.438	+ 75	+ 0,3
Sachbeschädigung durch Graffiti	14.091	15.333	- 1.242	- 8,1
<b>Strafrechtliche Nebengesetze, darunter:</b>	<b>300.185</b>	<b>173.622</b>	<b>+ 126.563</b>	<b>+ 72,9</b>
Straftaten gegen das Aufenthalts-, Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz/EU	297.901	171.477	+ 126.424	+ 73,7

Quelle: PKS-Daten der Bundespolizei 2015 und 2016





## Kriminaltechnik

Die Sicherung von Beweisen stellt für die Bundespolizei eine Kerntätigkeit bei der Verfolgung von Straftaten gemäß § 12 BPolG i. V. m. § 163 StPO dar.

Neben der Sicherung und Auswertung von Datenträgern, digitalen Daten und materiellen Spuren spielt die Untersuchung von Dokumenten und die Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen eine wichtige Rolle.

### 67.380 Erkennungsdienstliche (ED) Behandlungen durchgeführt

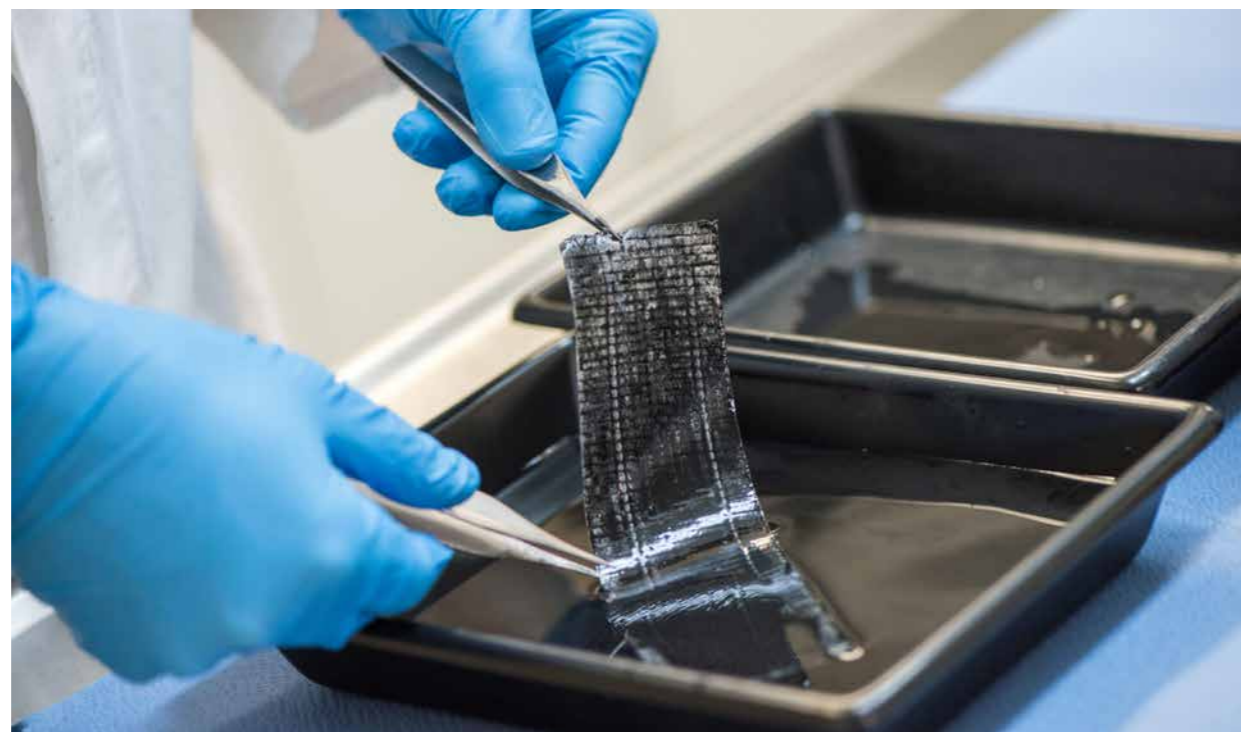
Als ED-Behandlungen werden die Abnahme von Finger- und Handflächenabdrücken sowie die Fertigung von Lichtbildern, die Vornahme von Messungen und die Personenbeschreibung bezeichnet.

Mit den erhobenen Fingerabdrücken erfolgt ein Abgleich und gegebenenfalls eine Speicherung in nationalen und europäischen Fingerabdruckdatenbanken. Damit können Personen identifiziert und einzelfallbezogen Vergleichsabdrücke für zukünftige Personen- und Spurenabgleiche gespeichert werden.

### 62.577 Personen mit „FAST-ID“ identifiziert

„FAST-ID“ benutzen Beamte der Bundespolizei zur schnellen Identifizierung von Personen, die keine Ausweispapiere bei sich haben, oder wenn Zweifel an der Echtheit der vorgelegten Ausweisdokumente bestehen. Bei 203.255 stationären

und mobilen Maßnahmen überprüften Bundespolizisten Fingerabdrücke von Betroffenen. Durch diese Verfahren ist in wenigen Minuten feststellbar, ob und unter welchen Personalien die betroffene Person in Deutschland bereits erkennungsdienstlich behandelt wurde.



### 46.471 Spuren gesichert

Durch die Kriminaltechnik erfolgt am Tatort und in den Spurensicherungslaboren die Suche und Sicherung von Spuren zur Rekonstruktion der Tat und Hinweisgewinnung auf den oder die Täter.

46.471 Spuren, z.B. Fingerabdrücke, DNA-haltiges Material, Fasern, Schuhlaufflächenabdrücke, Material- und technische Formspuren sicherte die Bundespolizei. Sie bilden die Grundlage für weitere Ermittlungen und gewährleisten eine objektive Beweisführung.

### 45.746 fälschungsverdächtige Urkunden durch Spezialisten untersucht

Urkundenfälschungen werden in der Regel nur bei aktiven Überprüfungen durch qualifizierte Kräfte erkannt. Urkundendelikte sind eine Begleitform vieler Kriminalitätsbereiche bis hin zum Terrorismus.

Von den 45.746 fälschungsverdächtigen Dokumenten wurden 6.177 im Zentralen Urkundenlabor durch Sachverständige gerichtsverwertbar untersucht.

### 2.853 Fälle von Identitätsbetrug aufgedeckt

Das Vortäuschen einer anderen Identität als der eigenen unter Nutzung von irregulären Identitätsdokumenten wird als Identitätsbetrug bezeichnet.

Hierbei handelt es sich um ein Phänomen der Urkundenkriminalität, das bei mehr als zwei Dritteln aller Urkundendelikte vorliegt. Identitätsbetrug ist ein ernst zu nehmendes sicherheitsrelevantes Problem, weil unter falschem Namen zum Teil schwerste Straftaten begangen werden.

### 317 Tatverdächtige durch Lichtbildvergleiche identifiziert

Die Identifizierung von Personen anhand von Lichtbildern kommt immer häufiger in Zusammenhang mit Identitätsbetrug, insbesondere bei Ausweismissbrauch, Schleusungsdelikten bis hin zum Terrorismus, zum Tragen. Die Identifizierung oder der Identitätsausschluss von Personen anhand von Lichtbildern stützt sich auf die vergleichende Untersuchung der sichtbaren anatomischen Merkmale im Gesichtsbereich.

Bei der Bundespolizei finden diese Standardmaßnahmen in einem breiten Spektrum Anwendung. Sie erfolgen z.B. bei der polizeilichen Kontrolle als Polizeiliche Identitäts-Prüfung (PIP) oder durch die Sachverständigen bei der Erstellung von Lichtbildvergleichen und Gutachten.

Die Sachverständigen der Bundespolizei führten 395 Lichtbildvergleiche durch und identifizierten dabei 317 Tatverdächtige.







# Spitzensport- förderung

## Gesamtübersicht der Medaillen 2016



**24** Sportler der Bundespolizei befanden sich unter den 449 Athleten der Deutschen Olympiamannschaft bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro (5.-21. August), von denen

**8** als Olympiasieger, davon 3 Doppel-Olympiasieger wieder heimkehrten.

**1** Silber-, **1** Bronzemedaille und weitere

**12** Top-10-Platzierungen gehen ebenfalls auf das Konto der Bundespolizeiathleten.



Auch ein abgebrochener Sattel konnte Radsprinterin Kristina Vogel bei den Olympischen Spielen nicht stoppen: Die Bundespolizistin gewann ohne Sitzgelegenheit im Fotofinish und mit dem winzigen Vorsprung von vier Tausendstelsekunden. Nach dem Rennen sagte sie: „Das ist wohl der erste Olympiasieg ohne Sattel – Wahnsinn.“

Bei den anderen Wettkämpfen im Jahre 2016 konnten die 161 Spitzensportler der Sportschulen Kienbaum und Endorf zahlreiche weitere Medaillen gewinnen:

Weltmeisterschaften	19	7	5
Juniorenweltmeisterschaften	8	3	3
Europameisterschaften	11	6	9
Junioreuropameisterschaften	2	3	
Youth Olympic Wintergames		1	1



Rennkanute Sebastian Brendel gewann, wie vier Jahre zuvor in London, Gold im Canadier-Einer. Auch im Zweier mit Jan Vandrey war er nicht zu schlagen – und trug als Anerkennung bei der Schlussfeier die deutsche Fahne.







## Impressum

### Herausgeber

Bundespolizeipräsidium  
Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Heinrich-Mann-Allee 103  
14473 Potsdam

Tel +49 (0) 331 97 997 9410  
Fax +49 (0) 331 97 997 9321  
presse@polizei.bund.de  
www.bundespolizei.de

V. i. S. d. P.: Ivo Priebe

### Redaktion

Gero von Vegesack  
Helvi Abs

### Mitarbeit

Christian Marx  
Sebastian Grafe  
sowie  
Angehörige zahlreicher  
Dienststellen der Bundespolizei

### Layout und Satz

Olaf Herling, Berlin

### Lektorat

Dr. Frauke Severit, Berlin

### Bildnachweis

Alle Fotos © Bundespolizei, außer  
S. 1: Bundesministerium des Innern  
S. 90: dpa/Darron Cummings  
S. 91 (Brendel): dpa/Matt York  
S. 91 (Vogel): dpa/Schueler/Eibner

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der  
Vervielfältigung bedarf der vorherigen  
schriftlichen Genehmigung durch den  
Herausgeber.

### Druck

Appel & Klinger Druck und Medien GmbH,  
Schneckenlohe  
1. Auflage







Unsere kostenfreie Servicenummer:

**0800 6 888 000**

(24 Stunden erreichbar)



**BUNDESPOLIZEI**